

*die Vielfalt macht*

LANDKREIS BÖBLINGEN



## Rede von Landrat Roland Bernhard zur Einbringung des Kreishaushalts

2016



Landratsamt Böblingen

*Es gilt das gesprochene Wort*

## Grundsätzliches

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herbstzeit ist Haushaltszeit. Wenn sich die Blätter färben, die Temperaturen frostiger werden und die ersten Nebelschwaden aufziehen, beginnen die alljährlichen Etatberatungen.

Mehr noch als in den Jahren zuvor sind wir bei der Aufstellung unseres Haushalts fremd bestimmt. Bei zwei Themen, die uns intensiv beschäftigen – die Flüchtlinge und die Krankenhäuser – können wir oft nur reagieren. Wir bestimmen nicht die Anzahl der Flüchtlinge und beim neuen Krankenhausgesetz ist unser Einfluss begrenzt. Die **Flüchtlinge**, überwölben zurzeit alle anderen Themen.

### *Schaubild 1: Flüchtlinge weltweit*

In Freiheit und Sicherheit leben: Was für uns selbstverständlich klingt, ist es in vielen Teilen der Welt nicht. Wo Unterdrückung, Krieg, Hunger und Not herrscht, suchen die Menschen nach Hilfe. 60 Millionen sind weltweit auf der Flucht. Die dramatischen Bilder, die uns aus den Kriegsgebieten erreichen, zeigen: Die pure Not treibt die Menschen aus ihrer Heimat in die Fremde. 800.000 kommen voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland, es wird aber auch schon von 1 Million oder gar 1,5 Millionen gesprochen. Man fühlt sich an den Ausspruch von Heraklit erinnert „Pantarrheia“, zu Deutsch „alles ist im Fluss“ oder – etwas sarkastisch – alles schwimmt. Niemand weiß so richtig, was auf uns zukommt. Die Reaktionsskala wird breiter, die Sorgen größer. Ich gebe dem Bundespräsidenten recht, wenn er sagt: „Unsere Herzen sind weit, aber unsere Möglichkeiten endlich“ – jedenfalls in der Geschwindigkeit des Zuzugs derzeit. Wir brauchen eine Willkommenskultur, das ist und bleibt wichtig, wir brauchen aber auch eine Willkommensstruktur! Und das betrifft alle Ebenen – EU, Bund, Land, Landkreise und Kommunen sind gefordert. Dazu braucht es klare politische Entscheidungen:

1. Die von Bund und Land bereits beschlossenen Maßnahmen müssen schnell und konsequent umgesetzt werden, damit der Flüchtlingsstrom wieder kontrollierter nach Deutschland kommt.

2. Die europäische Solidarität ist gefordert. Die Flüchtlinge müssen gerechter auf die 28 EU-Staaten verteilt werden. Ich war mit Fraktionsvertretern kürzlich auf Partnerbesuch im Kaunas in Litauen: Dort stehen Flüchtlingsunterkünfte leer. Das kann nicht sein; notfalls müssen EU-Fördergelder gekürzt werden.
3. Fehlanreize sind zu vermeiden. Ich unterstütze ausdrücklich die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Im Prinzip müssten wir die Leistungen europaweit angleichen.
4. Die Asylverfahren müssen verkürzt werden. Was in der Schweiz in Tagen entschieden wird, dauert bei uns Monate. Es muss mehr getan werden bei den Rückführungen. Es kann nicht sein, dass in der Not auch noch Plätze blockiert werden für Menschen ohne jede Bleibeperspektive.
5. Die Kommunen dürfen auf den Kosten der Unterbringung nicht hockenbleiben. Ich nehme den Ministerpräsidenten beim Wort, wenn er sagt: Die Kosten zahlt komplett das Land.
6. Wir brauchen mittelfristig eine Befriedung der Konflikte im Nahen Osten. Die Entwicklungshilfepolitik ist defensiv und passiv. Das muss sich ändern.
7. Wir brauchen endlich ein Zuwanderungsgesetz: Wirtschaftsflüchtlingen, die keine Aussicht auf ein Bleiberecht im Asylverfahren haben, sollten wir über ein geregeltes, vom Ausland aus gesteuertes Verfahren eine kontrollierte Zuwanderung ermöglichen.

Ohne diese Maßnahmen wird es kritisch.

Das andere Thema, das uns stark betrifft ist die **Krankenhausreform**. Aktuell steht die Verabschiedung des Krankenhausstrukturgesetzes (KHSG) an. Der vorgelegte Gesetzesentwurf entsprach in keinster Weise den Erwartungen. Der Kreistag ist über die Kritikpunkte im Bilde. Ihrer Bitte entsprechend haben wir unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten bedrängt, sich mit Nachdruck für Verbesserungen einzusetzen.

### *Schaubild 2: Krankenhausproteste*

Der Klinikverbund hat sich zudem an Protestaktionen beteiligt. Der Druck scheint zu fruchten. Es gibt Signale aus Berlin, dass die Kürzungen nun doch unterbleiben und der Versorgungszuschlag als Pflegezuschlag erhalten bleibt. Es kann nicht angehen, dass die Kliniken finanziell ausbluten – ganz besonders gilt das für kommunale Häuser. Der finanzielle Druck bedroht besonders die kleineren Krankenhäuser. Ich

bin überzeugt davon, dass dies der falsche Weg ist, denn gerade diese Krankenhäuser werden für eine wohnortnahe Versorgung benötigt; aufgrund des demographischen Wandels in Zukunft mehr denn je.

Zurück von der „hohen“ Politik zur Kreispolitik. Trotz der Belastungen aus der Flüchtlingsunterbringung und den Kliniken, können wir einen kommunalfreundlichen Haushalt vorlegen.

Grundlage für den

## Kreishaushalt

sind die Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden im Kreis.

### *Schaubild 3: Steuerkraftsummen Städte und Gemeinden*

Bezogen auf das kommende Haushaltsjahr liegt sie bei 520 Millionen Euro. Das entspricht einem Zuwachs von 14 Prozent. Damit springen wir im Vergleich der 35 Landkreise von Rang 11 auf 5. Das ist sehr erfreulich!

Die Kommunen im Kreis profitieren von der guten **Wirtschaftslage**. Die Unternehmen schaffen es, Absatzmärkte zu finden. Die Arbeitslosigkeit im Kreis ist bei niedrigen gut drei Prozent. Ich möchte daher sagen: Es geht uns – trotz begründeten Jammerns – relativ gut. Ein Wehrmutstropfen ist der VW-Skandal: wir müssen damit rechnen, dass die Steuerkraft von Weissach mit Porsche deutlich nachlässt.

Zum Finanzausgleich:

### *Schaubild 4: FAG-Netto-Zuweisungen*

Wir erwarten in 2016 netto rund 10 Millionen Euro weniger an FAG-Zuweisungen. Das schmerzt, ist aber wegen der steigenden Steuerkraft nicht überraschend. Dennoch: Das sind rund 2 Kreisumlagepunkte, die wir anderswo holen müssen. Da hilft es uns, dass wir bei den Schulden konsequent auf die Bremse getreten sind. Mehr noch: Da haben wir den Rückwärtsgang eingelegt!

### *Schaubild 5: Entwicklung Schuldenstand*

Der Schuldenstand im Kernhaushalt wird 2016 noch bei 60 Millionen Euro stehen – 31 Millionen weniger als 2008 als ich den ersten Haushalt eingebracht habe. Durch Rückzahlung von alten Schulden und ein kluges Zinsmanagement konnten wir die Zinszahlungen um jährlich 1,7 Millionen Euro gegenüber 2008 zurückfahren. Das eröffnet uns den Spielraum für künftige Investitionen.

*Schaubild 6: Investitionen 2016*

Kurz zu den wichtigen Investitionen in 2016: Insgesamt 9 Millionen Euro für Kliniken, rund 5 Millionen Euro für Straßen und rund 3 Millionen für Schulen. Der Abbau der Schulden ist eines der *Leitziele für den Haushalt 2016*. Wir müssen aber auch die Ausgaben für Soziales, den ÖPNV und für Kliniken unterbringen. Gleichzeitig dürfen wir die Liquidität nicht aus dem Auge verlieren.

*Schaubild 7: Kreisumlage in absoluten Zahlen*

Um alle Leitziele zu erreichen, benötigen wir rund 196 Millionen Euro an **Kreisumlage**. Egal welche Summe ich jedes Jahr nenne: Es schmerzt jeden Bürgermeister. Die Schmerzen werden etwas gelindert, wenn ich sage, dass wir prozentual weniger nehmen wollen als in diesem Jahr.

Und ja: Wir haben in 2013 und 2014 mit 10,3 Millionen Euro und voraussichtlich 12,2 Millionen Euro Überschüsse im Haushalt gehabt. Für 2015 gehen wir von rund 12 Millionen Euro aus. Auch deshalb ist eine Hebesatzsenkung angebracht.

*Schaubild 8: Hebesatz Kreisumlage*

Nach einer ersten hausintensiven Sparrunde waren wir zunächst bei 38,5 Prozent Kreisumlage. Wir haben dann in einer zweiten Sparrunde nochmals 4 Millionen Euro heraus geschwitzt. Damit sind wir bei einem Hebesatz von 37,7 Prozent gelandet, den ich Ihnen für 2016 vorschlage. Das sind 1,3 Prozentpunkte weniger als im aktuellen Jahr. Ich meine, das ist ein faires Angebot, bei dem wir die Städte und Gemeinden nicht über Gebühr belasten, gesetzliche Mindestliquidität einhalten und nicht in die Nettoneuverschuldung rutschen. Es sieht so aus, als würde der geschätzte Kollege Dr. Sigel die rote Laterne beim Hebesatz aus dem Kreis Böblingen in den Rems-Murr-Kreis mitnehmen.

*Schaubild 9: Balance Kreishaushalt*

Für die, die jetzt schon die Bleistifte spitzen, um den Hebesatz noch weiter runter zu rechnen: Wir haben die Balance im Haushalt zwischen Sicherheit und Risiko stark in Richtung Risiko verschoben. Den Ansatz für die Grunderwerbsteuer haben wir um 2 Mio. Euro erhöht. Bei den Flüchtlingen planen wir optimistisch eine volle Kostenerstattung ein. Das Klinikdefizit könnte höher ausfallen und: wir haben eine Tarifrunde vor uns, deren Ausgang wir nicht kennen. Ich kann deshalb nur appellieren, dies bei den Haushaltsberatungen zu bedenken.

Lassen Sie mich zum Zahlenwerk kommen, ich beginne mit dem  
*Bruttoaufwendungen:*

#### *Schaubild 10: Aufwendungen*

Insgesamt planen wir mit rund 399 Millionen Euro. Wie Sie sehen, bilden die Bruttoausgaben für Soziales den Löwenanteil. In diesem Jahr sind die Kosten wegen der Aufnahme von Flüchtlingen explodiert: von 188,5 Millionen Euro auf knapp 240 Millionen! Davon entfallen 46 Millionen Euro auf das Thema Asyl. Dazu kommen nochmal 4 Millionen Euro mehr, die bei der Gebäudewirtschaft anfallen und bis zu 25 Millionen an Investitionen im Finanzhaushalt, die wir schon im Nachtragshaushalt 2015 beschlossen haben. Zweiter großer Brocken ist die Bildung (33,9 Millionen), gefolgt vom ÖPNV mit 22,8 Millionen Euro.

Zu den Bruttoerträgen:

#### *Schaubild 11: Erträge*

Bei der Kreisumlage gehen wir von 196 Millionen Euro aus – der größte Brocken bei unseren Einnahmen. Bei der Grunderwerbsteuer setzen wir 24 Millionen an, erhöhen also den Ansatz um 2 Mio. Euro. Bei den Zuweisungen von Bund und Land liegen wir bei 109 Millionen Euro – und gehen - wie gesagt - von einer Refinanzierung der Kosten für Flüchtlinge aus. Klar wird damit: Der Haushalt 2016 verschiebt die Balance zwischen Risiko und Sicherheit in Richtung Risiko.

Zum Sozialetat:

## Sozialbudget

### *Schaubild 12: Entwicklung Nettoaufwand Sozialbudget*

Gegenüber dem laufenden Jahr planen wir für 2016 elf Prozent netto mehr auszugeben, insgesamt also 122,7 Millionen Euro. Alleine auf die „Soziale Hilfen“ entfallen dabei rund 92,8 Millionen Euro. Gegenüber 2015 bedeutet dies eine Steigerung um 14,6 Prozent. Die Zuwächse bereiten uns Bauchgrimmen. Es scheint ein Naturgesetz zu sein, dass Bund und Land oft Sozialleistungen beschließen und Kommunen zum Zahlmeister werden.

### *Schaubild 13: Eingliederungshilfe*

Stark ins Kontor schlägt der Zuschussbedarf für die Eingliederungshilfe. Er steigt Jahr für Jahr und liegt in 2016 bei 48,4 Millionen Euro, das ist eine Steigerung um 2,7 Millionen Euro. In den vergangenen 10 Jahren ist der Zuschussbedarf um sage und schreibe 18,7 Millionen Euro – das sind 63 Prozent – gestiegen, die Zahl der Leistungsempfänger aber nur um 38 Prozent.

Der Bund muss sich daher endlich – endlich! – an den immensen finanziellen Lasten durch ein Bundesteilhabegeld beteiligen. Ab 2017 soll ein solches Gesetz nun in Kraft treten. Helfen Sie alle mit, damit die Mittel dann auch bei den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg ankommen.

### *Schaubild 14: Ausgaben der Flüchtlingsaufnahme*

Diese Steigerung wird von den „Hilfen für **Flüchtlinge**“ noch getoppt: 46 Millionen geben wir insgesamt für das Thema Flüchtlinge aus. Im Haushaltsplan haben wir Ihnen dazu alle Informationen übersichtlich dargestellt. Bei den Transferleistungen werden wir rund 30 Millionen Euro ausgeben. Laufende Kosten bei der Gebäudewirtschaft werden rund 4 Millionen Euro betragen. Und als Investitionskosten nehmen wir den Rest der 25 Millionen aus dem Nachtragshaushalt 2015 mit. Ich hoffe, dass uns die aktuellen Entwicklungen nicht zwingen, diese Ansätze während der Beratungen noch nach oben zu korrigieren.

### *Schaubild 15: Flüchtlingsunterbringung*

Die Aufnahme der Flüchtlinge ist für den Landkreis seit der Kreisreform von 1973 die größte Herausforderung. Wir benötigen rund 4.000 Plätze bis Ende des Jahres. Knapp 1.800 Plätze haben wir, für weitere 900 Plätze haben wir einen Plan und für rund 1.300 Plätze noch keinen Plan! In meiner Haushaltsrede vor einem Jahr hatte ich Ihnen noch gesagt, dass wir bis Ende 2015 mit 1.300 rechnen. Schon damals hatten wir eine Nutzung einer Sporthalle überlegt. Jetzt werden wir bald vier Hallen in Betrieb haben, rechnet man die Sporthalle im Eschenried mit.

*Schaubild 16: Plätze in Gemeinschaftsunterkünften (nach Kommunen)*

Derzeit suchen wir verzweifelt nach Unterkünften. Die Unterbringung bis zum Jahresende ist nicht gesichert. Ich danke allen Städten und Gemeinden, die uns helfen. Ich verbinde den Dank mit der Bitte, uns kurzfristig weitere Gebäude zu benennen. Ansonsten droht Obdachlosigkeit. Ich habe alle Oberbürgermeistern und Bürgermeistern gebeten, uns zu unterstützen und wiederhole heute diesen Hilfeschrei! Alle 26 Kommunen liegen noch unter dem Sollwert. Der Verweis auf andere hilft uns nicht weiter. Ich will so lang wie möglich vermeiden noch mehr Sporthallen zu belegen. Das kann nur ein Notnagel sein.

Und dennoch: Wir wollen für eine gute Betreuung der Flüchtlinge sorgen. Das ehrenamtliche Engagement ist vorbildlich. Dafür mein herzlicher Dank! Wir wollen mit einem Ehrenamtstag in zwei Wochen, den Engagierten Anerkennung aussprechen.

Erlauben Sie mir noch ein paar Sätze zur geplanten LEA in Herrenberg. Zustände wie in Meßstetten oder Ellwangen wollen wir nicht. Die Verhandlungen zur LEA Herrenberg stocken. Wenn sie kommt muss klar sein, dass Herrenberg nicht überfordert wird. Herrenberg darf nicht zu einem „zweiten Karlsruhe“ werden. Ich erwarte, dass auch die Landeshauptstadt, ihrer Verantwortung gerecht wird – und nicht Herrenberg die Dauerlast einer großen LEA im Regierungsbezirk Stuttgart tragen muss. Die Stadt Herrenberg darf sich der Unterstützung durch den Landkreis, lieber Herr Oberbürgermeister Sprißler, sicher sein.

Auch beim Thema

## Jugend und Bildung

beschäftigen uns die Flüchtlinge; ganz konkret die **unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge** – kurz UMF.

Seit Juli steigend die Zuweisungen. Diese werden seit dem Frühjahr auf alle Stadt- und Landkreise verteilt. Die jungen Menschen müssen in die Obhut der Jugendämter genommen werden. Waren es im Juni noch 15 Jugendlichen, sind wir mittlerweile bei 78 jungen Flüchtlingen angekommen. Für die allermeisten dieser mussten zusätzliche stationäre Betreuungsangebote geschaffen werden. Eine Herkulesaufgabe der freien Träger und unserer Mitarbeiter im Jugendamt, die an vielen Stellen seit Wochen fast nichts anderes mehr tun, als sich um geeignete Unterbringungsmöglichkeiten zu kümmern. Auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön!

Sehr zu schätzen ist auch die große Bereitschaft von Familien, einen jungen Flüchtling aufzunehmen. Bisher können 11 in solchen Gastfamilien betreut werden, weitere rund 15 Familien wurden vorbereitet und stehen für die Aufnahme bereit.

*Schaubild 17: Jugendhilfeaufwand im Vergleich*

Nun zur Jugendhilfe im Allgemeinen:

Ich darf feststellen, dass wir bei der **Konsolidierung des Jugendhilfeeats** große Erfolge erzielt haben: Lag der Inanspruchnahme-Eckwert aller Jugendhilfen je 1.000 der Jugendbevölkerung 2011 im Landkreis Böblingen noch 33 Prozent über dem aller Landkreise in Baden-Württemberg, so lag er im vergangenen Jahr noch knapp 10 Prozent über dem Landkreismittelwert. Ein - wie ich meine - guter und akzeptabler Wert für unseren verdichteten Wirtschaftsraum mit fast großstädtischen Problemlagen. Auch bei den Ausgaben je Jugendeinwohner haben wir uns dem Durchschnitt der Landkreise deutlich angenähert. Um es mit Manfred Rommel zu sagen: „Es muss wieder mehr um die Bestellung der Felder gehen als um die Verteilung der Ernte“ – und im Bereich Jugendhilfe haben wir ein gut bestelltes Feld.

*Schaubild 18: Zuschussbedarf Kinder-, Jugend- und Familienhilfe*

Für das kommende Haushaltsjahr rechnen wir für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe mit einem Nettobedarf in Höhe von insgesamt 29,9 Millionen Euro. Die Ausgaben steigen dort nur moderat um 1,7 Prozent.

Wir haben diese Konsolidierung ohne Einschnitte bei der Qualität unseres Jugendhilfeangebots erbracht und das in bewährter Partnerschaft von freien Trägern und dem Jugendamt. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den vielen Akteuren für Ihren Einsatz bedanken: Ob in den Wohngruppen, in der Beratungsarbeit oder in der Familienhilfe.

Die Familien sind das Rückgrat in unserer Gesellschaft. Hier wirkt unser Projekt „**Familie am Start**“ segensreich. Die „Familie am Start“-Teams wurden mit Anfragen regelrecht überrollt: In den ersten 15 Monaten wurden 312 Fälle bearbeitet und über 1.100 Hausbesuche durchgeführt. Im laufenden Jahr hat sich die Nachfrage noch erhöht. Die Kehrseite dieses Erfolgs ist, dass die Mitarbeiterinnen hoffnungslos überlastet sind – und das in einem Bereich, wo man Familien nicht auf längere Wartezeiten vertrösten kann. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung, dass wir die bislang mit je 1 Vollzeitkraft ausgestatteten 4 Regionalteams um je eine halbe Stelle aufstocken, in Summe also zwei zusätzliche Stellen. Wir hätten damit eine vernünftige Personalausstattung für diesen wichtigen Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der im Übrigen vom Bund dauerhaft mit jährlich rund 170.000 gefördert wird.

Zu den **Schulen**: Die Schullandschaft ist weiter in Bewegung, der Ausbau der Gemeinschaftsschulen geht noch weiter, das Thema Inklusion wurde gesetzlich im Schulgesetz verankert. Durch die Zuwanderungswelle erleben die Vorbereitungsklassen an unseren Schulen einen hohen Zuspruch. Die Sprache schnell zu erlernen, um früh fit zu werden für die Regelklassen, ist der wichtigste Baustein auf dem Weg zur Integration. Davon konnte ich mich bei meinen Besuchen mit der Leiterin des Staatlichen Schulamtes, Frau Huber, am 5. Oktober - dem Weltlehrertag - persönlich überzeugen.

#### *Schaubild 19: Schülerzahlen Beruflichen Schulen*

Ziel des Landkreises muss es sein, für die jungen Menschen ein breites Bildungsangebot vorzuhalten, damit bis hin zum Abitur alle Wege offen stehen. Insbesondere muss der Fokus auch darauf ausgerichtet werden, dass die duale

Ausbildung attraktiv bleibt und junge Menschen sich für diese Form der beruflichen Bildung entscheiden. Für mich sind die dual ausgebildeten Fachkräfte das Rückgrat unserer Wirtschaft – das sollten wir nicht aufs Spiel setzen! Wie attraktiv unsere Beruflichen Schulen sind, zeigen die vergleichsweise hohen Schülerzahlen.

Denn: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen“. So hat es der früher amerikanische Präsident Benjamin Franklin ausgedrückt. Das gilt auch heute noch. Daher ist das vom Kreistag beschlossene Handlungskonzept „Bildung“ sehr wichtig. Seit Anfang des Jahres hat das **Bildungsbüro** seine Arbeit aufgenommen. Der erste Arbeitsschwerpunkt ist die **Schulentwicklungsplanung** für die Beruflichen Schulen. Sie soll über einen Prognosezeitraum von 10 Jahren erfolgen. In einem Lenkungskreis wurde der Rahmenplan festgelegt. Im ersten Schritt wurden die Schulleitungen und Beteiligte aus der Wirtschaft interviewt und es fanden Schulbegehungen statt. Es folgt ein Workshop mit allen Schulleitungen am 21. Oktober. Ein Workshop mit Vertretern der Wirtschaft wird folgen.

Die größten Herausforderungen im Bereich „Schule und Bildung“ liegen bei der **Inklusion**. Die Änderung des Schulgesetzes ist seit August in Kraft. Die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule ist entfallen. Stattdessen wurde ein qualifiziertes Elternwahlrecht eingeführt. Die Eltern von Kindern mit einem sonderpädagogischen Bildungsangebot können sich nun entscheiden, ob das Kind an einer allgemeinen Schule oder an einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum lernen soll.

Die bisherigen Sonderschulen werden in diese Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (kurz SBBZ) umgewandelt. Ein Anspruch auf den Besuch einer bestimmten Schule besteht jedoch nicht.

Die Lenkungsfunktion obliegt dem Staatlichen Schulamt einschließlich der Steuerung des Einsatzes der Lehrkräfte. Die sonderpädagogischen Angebote – also unsere Sonderschulen – bleiben grundsätzlich erhalten. Damit wird auch die wertvolle Arbeit honoriert, die in diesen Einrichtungen geleistet wird. Diese Schulform ist für viele Kinder und Familien unverzichtbar. Ich habe in dieser Diskussion immer gesagt: Wir dürfen die allgemeinen Schulen und die Sonderschulen nicht gegeneinander ausspielen, sondern müssen die Konzepte vernetzen.

Es ist nur recht und billig, dass das Land nun auch Mittel für diese Aufgabe bereit stellt. Landesweit gibt es für das Schuljahr 2015/2016 insgesamt 18 Millionen Euro und für das Schuljahr 2016/17 rund 24 Millionen Euro als finanzieller Ausgleich bei der Umsetzung der schulischen Inklusion. Für den Bereich der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe erhalten die Stadt- und Landkreise für jeden Schüler, der an einer öffentlichen allgemeinen Schule inklusiv beschult wird, einen pauschalen finanziellen Ausgleich. Für uns ergibt sich bei der „Eingliederungshilfe“ eine Einnahme von 190.000 € und bei der „Jugendhilfe“ von knapp 200.000 €, die vorsorglich im Haushaltsplan 2016 veranschlagt wurden.

Gut, dass das Land endlich die gesetzlichen Grundlagen für die Erstattung der Kosten geschaffen hat. Jetzt müssen wir mit Argusaugen darauf schauen, dass die bereitgestellten Mittel auch wirklich ausreichen und wir nicht – wieder einmal – aus der Kreiskasse draufzahlen.

Lassen Sie mich nun zum

## **Klinikverbund Südwest**

kommen.

Die bundespolitischen Rahmenbedingungen, ich habe es eingangs gesagt, werden immer schwieriger. Auf Ebene des Landkreises tun wir alles, um mit unserem Medizinkonzept die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. Im Sommer dieses Jahres haben wir die Gutachten im Kreistag vorgestellt. Die Botschaften in aller Kürze:

1. Die Zusammenlegung der Kliniken Böblingen und Sindelfingen auf dem Flugfeld ist wirtschaftlich die sinnvollste Variante.
2. Mit der Zusammenlegung ergeben sich Einsparpotentiale in Höhe von rund 6 Millionen Euro jährlich.
3. Für den Neubau des Flugfeldklinikums sind die gesamten Projekt- kosten und Projektrisiken beziffert und bereits vor Beginn des Projekts transparent dargestellt worden.
4. Das Klinikum in Herrenberg ist bereits jetzt auf einem guten Weg, muss allerdings ebenfalls weiterhin saniert werden.

5. Das Klinikum in Leonberg ist - in einem größeren Umfang als bisher angenommen - sanierungsbedürftig, aber auch sanierungswürdig!

Mit unserer Medizinkonzeption sind wir auf dem richtigen Pfad. Das zeigt auch die Entscheidung des Landes, uns für das Flugfeldklinikum eine erste Planungskostenrate von 8 Millionen Euro zu überweisen. Dafür bin ich der Ministerin sehr dankbar. Sie wird sich kommende Woche selbst vor Ort ein Bild machen und - neben einem Besuch im Krankenhaus Leonberg - einen Blick auf das Flugfeldareal , werfen.

Die Segel für den Projektstart sind gesetzt. Mit dem Amtsantritt des Projektgeschäftsführers Herrn Schäfer Anfang 2016 wird das Schiff volle Fahrt aufnehmen. Dabei gilt es, noch einige Klippen zu umschiffen.

- Die Kaufverhandlungen für das Flugfeldklinikum stehen vor dem Abschluss. Zur finalen Abstimmung findet noch ein abschließendes Treffen mit Herrn OB Dr. Vöhringer, Herrn OB Lützner und mir statt.
- Die Gutachten zu Lärmschutz, Verkehr, Boden und Umwelt wurden beauftragt.
- Im November soll der Kreistag über das Planerauswahlverfahren und die Projektstruktur entscheiden.
- Bis zum Herbst 2016 soll die Architektenauswahl abgeschlossen sein, sodass Ende 2016 mit den Planungsarbeiten begonnen werden kann.
- Eine Konzeption zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird aktuell erstellt.
- Für Herrenberg und Leonberg soll noch im November eine Entscheidung zum Sanierungspfad getroffen werden.

*Schaubild 20: Entwicklung Defizit Klinikverbund Südwest*

Neben diesen Bauinvestitionen geht es auch um die Sicherung des laufenden Betriebs. Das Betriebsergebnis in 2014 war deutlich besser als erwartet. Die Verluste der Kliniken im Landkreis Böblingen konnten auf rund 8 Millionen Euro gesenkt

werden, wobei hier zum großen Teil Einmaleffekte eine Rolle gespielt haben. Für 2015 ist jedoch wieder von Jahresverlust von 16 Millionen Euro auszugehen.

Für 2016 geht die Geschäftsführung davon aus, dass dieser Verlustbetrag gehalten werden kann, aber: Das erfordert enorme Kraftanstrengungen. Ich bitte daher alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikverbundes, dieses ehrgeizige Ziel nach besten Kräften zu unterstützen.

Ich verlasse nun die Bereiche „Soziales und Kliniken“ und will mich dem Thema „Mobilität“ zuwenden, das in unserem Landkreis besonders wichtig ist.

## **Mobilität**

### *Schaubild 21: Ausgaben und Einnahmen ÖPNV*

Inklusive der Umlagen planen wir beim ÖPNV rund 33 Millionen Euro. Mit 9,4 Millionen Euro geht dabei der größte Brocken an den Verband Region Stuttgart. Im Rahmen des ÖPNV-Pakts zwischen Land, Region, Landkreisen und der Stadt Stuttgart leisten wir unseren Beitrag. Die Landkreise werden bis 2019 rund 80.000 zusätzliche Busfahrten einrichten. Das ist nicht ohne.

5,7 Millionen geben wir für die Schülerbeförderung aus. Hier erkennt das Land Mehraufwendungen für die inklusive Beschulung an. Bisher gab es die Sammeltouren zu den Sonderschulen, künftig werden teure Einzelbeförderungen zu Regelschulen fällig. Zum Ausgleich erhöht das Land die Leistungen kräftig. Für den Landkreis Böblingen bedeutet dies ein Mehrertrag rund 48.000 Euro für das Jahr 2016.

### *Schaubild 22: Streckenverlauf Hermann-Hesse-Bahn*

In den vergangenen zwölf Monaten haben uns die Schienenprojekte stark beschäftigt. Zur Hermann-Hesse-Bahn will ich dabei nicht viel sagen: Wir wollen möglichst bald Ergebnisse der kürzlich vom UVA beschlossenen Voruntersuchung sehen. Denn, ich denke da sind wir uns einig, die ideale Lösung wäre die S-Bahn-Verlängerung nach Calw.

### *Schaubild 23: Streckenverlauf Schönbuchbahn*

Noch wichtiger ist, dass wir bei der Schönbuchbahn Fortschritte gemacht haben. Anfang September habe ich mit Minister Hermann die Absichtserklärung des Landes zur Mitfinanzierung unterschrieben. Und vor ein paar Tagen haben wir vom Regierungspräsidium Stuttgart den Planfeststellungsbescheid für die neue Betriebswerkstatt in Böblingen bekommen. Und bei den Fahrzeugen können wir im Herbst mit vier Anbietern Verhandlungen führen. Wer zu den Hauptverkehrszeiten die Schönbuchbahn nutzt, weiß, wie dringend wir den Ausbau brauchen. Gleichzeitig nehmen wir die Sorgen im Böblinger Gemeinderat wegen der Verkehrssituation im Böblinger Stadtgebiet ernst. Der Zweckverband steht bereit um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wir sind derzeit auch dabei – nachdem wir Ihnen ja im Frühjahr eine komplette Kostenrechnung vorgelegt haben – diese erneut zu aktualisieren. Die Projektfirmen leisten da eine gute Arbeit.

#### *Schaubild 24: Gäubahn*

Ein Schienenprojekt gerät angesichts der Schönbuch- und Hesse-Bahn manchmal etwas aus dem Blickfeld: Die Gäubahn. Sie ist Anlass zur Freude. Das Verkehrskonzept von Land und Deutscher Bahn bringt erhebliche Verbesserungen.

Es sieht ab Ende 2017 stündliche InterCity-Verbindungen mit modernsten Wagen und zusätzlichen Halte in Böblingen, Gäufelden, Herrenberg und Bondorf vor. Die Fahrgäste der Anrainerkommunen erwartet ein gut vertakteter Anschluss an das Fernverkehrsnetz, bei dem die Nahverkehrs- und Verbundtarife zur Anwendung kommen werden. Insgesamt ein innovatives Konzept, dessen Umsetzung ich gerne unterstütze und das demnächst im UVA näher dargestellt wird.

Erfreulich ist auch, dass die Bundesförderung für Schienenprojekte nun über 2019 hinaus verlängert wurde. Das lässt hoffen. Ähnliches brauchen wir auch für die Landesförderung – die ja auch aus Bundesmitteln gespeist wird. Dann könnten wir Schönbuchbahn und Hesse-Bahn zwar zügig, aber ohne das Damoklesschwert des Förderendes 2019 durchziehen.

Von der Schiene zur **Straße**: Der Landkreis Böblingen ist für die Unterhaltung von rund 550 Kilometern Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zuständig. Für 277 Kilometer Kreisstraße übernehmen wir auch den Ausbau und den Erhalt. Neubauprojekte an Kreisstraßen haben wir ad acta gelegt. Wir konzentrieren uns seit 2012 auf den Erhalt und haben dazu ein Sonderprogramm aufgelegt.

### *Schaubild 25: Abgeschlossene Maßnahmen Sonderprogramm*

Für nächstes Jahr sind dafür 3,1 Millionen Euro eingeplant. 26 Maßnahmen haben wir bereits seit 2012 abgeschlossen. Ein Kraftakt, der sich aber lohnt, denn wir tun etwas für den Werterhalt unserer Kreisstraßen, für die Sicherheit im Straßenverkehr und einen besseren Verkehrsfluss in unserem staugeplagten Kreis.

Trotz der geänderten Bedingungen für die Landesförderung (LGVFG) ist es uns gelungen, sowohl für den Ausbau an der Thermalbadkreuzung in Böblingen und den Ausbau der Kreisstraße zwischen Mötzingen und Bondorf Fördergelder an Land zu ziehen.

Noch ein paar wenige Sätze zu den **Bundesmaßnahmen** im Kreis:

Nach langem Warten beißen in Holzgerlingen an der B464 jetzt endlich seit einem halben Jahr die Bagger. Gut so! Es hat lange genug gedauert. Anders beim Lückenschluss der B464 zur B295 bei Renningen. Hier sind wir leider noch nicht entscheidend weiter. Meine Befürchtung: Vor der Landtagswahl kommenden Jahr werden wir da auch keine weiteren Schritte erleben.

Beim wichtigsten Bundesprojekt im Kreis, dem Ausbau der A81 haben wir dieses Jahr viel gewartet und viel diskutiert. Er ist da, der Gesehen-Vermerk! Endlich! Auf Betreiben des Landesverkehrsministers hat das Regierungspräsidium Stuttgart mit der Planfeststellung bereits begonnen. Beides sind wichtige Signale für die lärmgeplagten Bürger vor Ort.

### *Schaubild 26: Glasfasernetz*

Was die Menschen heute genauso beschäftigt wie die Staus auf den Straßen sind die Staus auf der Datenautobahn. Für Haushalte und Unternehmen ist eine schnelle Internetverbindung ein bedeutsamer Standortfaktor. Der **Breitbandausbau** muss kommen. Als Landkreis sind wir für das überörtliche Backbonenetz verantwortlich. Gemeinsam mit den Nachbarlandkreisen in der Region Stuttgart haben wir die Planung ausgeschrieben. Daneben haben wir eine Projektgruppe hausintern und eine hochkarätig besetzte Lenkungsgruppe mit Vertretern der Fraktionen, der Bürgermeister und aus der Wirtschaft eingerichtet. Die Förderbedingungen des Landes (Förderquoten bis 90 Prozent) sind nochmals verbessert worden, so dass wir durchstarten können.

Die Aufgabenpalette des LRA ist sehr breit. Das Landratsamt ist auch einer der größten Arbeitgeber im Kreis. Schon deshalb kommt dem

## **Personaletat**

eine besondere Bedeutung zu. Nach der praktischen Nullrunde für den Haushalt 2015 macht der Personalhaushalt kommendes Jahr einen deutlichen Sprung nach oben. Der Großteil der neuen Stellen und der damit verbundenen Kosten geht auf die Betreuung der Flüchtlinge zurück.

Nur mit viel Kraft – und das geht eben nicht ohne mehr Personal – können wir diese Aufgabe meistern. Dazu kommen neue Aufgaben durch verschiedene Gesetzesänderungen und Aufstockungen, die das Ergebnis der laufenden Organisationsuntersuchungen sind. Diese sind aber im Gegensatz zu den Aufgaben bei den Flüchtlingen eher gering.

### *Schaubild 27: Stellenplan*

Beim Personalbudget planen wir für 2016 mit 69,6 Millionen Euro. Allein für die Aufgabe der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen planen wir mit 40 neuen Stellen. Neben den Kernaufgaben der Heimleitung und Sozialbetreuung brauchen wir auch Leistungssachbearbeiter, Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen und die Gebäudewirtschaft braucht bei der Schaffung von Unterkünften nochmals Verstärkung. Dort bekommen wir rund 30 Stellen gegenfinanziert. Ganz überwiegend werden die neuen Stellen für Flüchtlinge als sogenannte KW – also künftig wegfallende - Stellen geführt. Wir werden hier auch befristete Arbeitsverhältnisse ausschreiben.

Dazu kommen neue gesetzliche Aufgaben: Wir werden einen Behindertenbeauftragten bekommen, eine verbesserte Lebensmittelkontrolle, die ausgeweitete Kontrollen des Trink- und Badewassers oder die geforderte Kontrolle im Rahmen der EU-Verfahren in der Landwirtschaft führen zu 6,5 Stellen mehr.

Insgesamt kommen wir auf immerhin 62 zusätzliche Stellen. 33 bekommen wir refinanziert. 37 der neu geschaffenen Stellen sind nicht als dauerhafte Stellen ausgewiesen, sondern für bestimmte Aufgaben festgelegt, die später wieder wegfallen können. 4,6 Stellen konnten wir auch noch einsparen. Dennoch: Uns ist klar, dass der Stellenaufwuchs in dieser Dimension eine einmalige Ausnahme sein

muss. Nicht nur wegen der Kosten, wir haben so langsam auch ein gewaltiges Platzproblem im Landratsamt.

Meine sehr geehrte Damen und Herren; ich will mich nun dem

## **Abfallwirtschaftsbetrieb.**

widmen.

In diesem Jahr konnten wir 10 Jahre Vergärungsanlage feiern. Sie sieht nicht nur vor, den Müll einzusammeln, sondern direkt vor Ort zu verwerten. Das gelingt mit dem Biomüll vorbildlich. Die technischen Einrichtungen, die teilweise noch im Bereich der Aufbereitung aus der Zeit des Betriebs des Kompostwerkes bestehen, müssen den neuen technischen Standards angepasst werden.

Wir gehen aber auch innovative Wege: Derzeit bereitet der AWB eine Zusammenarbeit mit der Firma SmartCarbon für die Errichtung einer größeren Anlage zur Herstellung von Biokohle aus Gärresten vor. Die Firma hat bereits erfolgreiche Versuche gefahren. Dies kann ein Beitrag zur Optimierung der Stoffströme werden.

### *Schaubild 28: Entwicklung Wertstofftonne*

Persönlich freue ich mich, dass sich unsere Wertstofftonne etabliert hat. Mehr als 9.000 Tonnen sind im Umlauf. Die Zahlen nehmen zu, so dass wir die 10.000er-Marke bald knacken werden. Damit wären wir dann beim Bedarf, den wir bei der Einführung prognostiziert hatten. Auf Bundesebene wird derzeit ein neues Wertstoffgesetz beraten. Darauf werden wir nochmal reagieren müssen, um auch in Zukunft mit unserem lieb gewonnen Abfallwirtschaftsbetrieb erfolgreich zu sein.

Ein guter Schluss zielt alles. Daher will ich mit der Regionalentwicklung enden:

### *Schaubild 29: Streuobstkönigin*

## **Umwelt und Natur**

Am 3. Oktober haben wir den zweiten Streuobstwiesentag gefeiert. Mit großer Hingebung haben wir die zweite Streuobstkönigin samt Prinzessin gekürt. Kultur ist halt Kult im Landkreis BB!

Wir bringen die Sculptoura in die Verlängerung! Wir fördern die Musik! Wir initiieren schwäbische Veranstaltungen. Wir fördern die Gesundheit, das Radwegekonzept wird mit viel Kraft umgesetzt. Wenn alles klappt, werden wir die vorgesehenen Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 Euro voll ausschöpfen. Wir bringen mit der Aktion RadBOTSCHAFT das Alltagsradfahren in die Köpfe der Menschen – ich könnte hier noch lange weiter aufzählen.

Für mich ist klar: Unsere Regionalentwicklung macht unseren Landkreis noch lebenswerter. Gerade „weiche“ Standortfaktoren haben das gewisse „Etwas“. Nicht nur bei den Firmen, sondern auch bei den Menschen, die sich im Landkreis Böblingen wohl fühlen.

### **Schlussbemerkung**

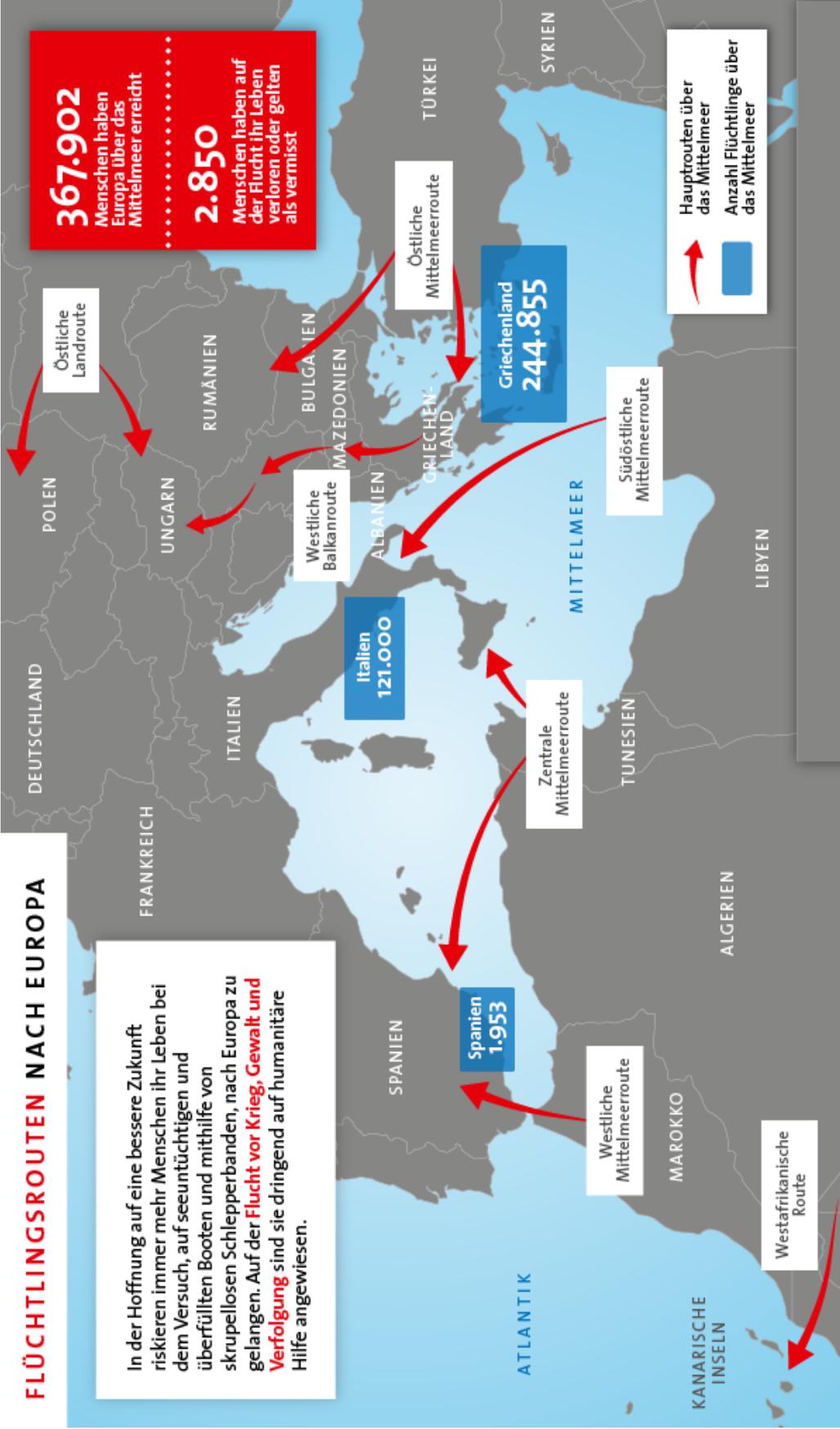
Meine Damen und Herren: Die Haushaltsberatungen sind eröffnet! Bei allen Zwängen freue ich mich darauf. Ich bin überzeugt: Gemeinsam werden wir einen soliden, fairen Haushalt 2016 beschließen. Sie werden merken, dass wir einen noch transparenteren Haushaltsplan vorlegen mit vielen Erläuterungen und Informationen. Den Haushalt bekommen Sie gedruckt – ansonsten steigen wir ja auf die digitale Technik um.

Der von mir sehr geschätzte Manfred Rommel hat einmal gesagt: „Das wichtigste Mittel, um den richtigen Weg zu finden, ist, die falschen zu vermeiden.“ Dieser Spruch passt gut zu unseren Kliniken.

Und zu den Flüchtlingen bin ich auf Heinrich Heine gestoßen, der den Satz geprägt hat: „Jede Zeit hat ihre Aufgaben und durch die Lösung derselben, rückt die Menschheit weiter“. Ich bin guter Dinge, dass wir nach fruchtbaren Etatberatungen ein Stück „weiter rücken“. Vielen Dank.

# FLÜCHTLINGSROUTEN NACH EUROPA

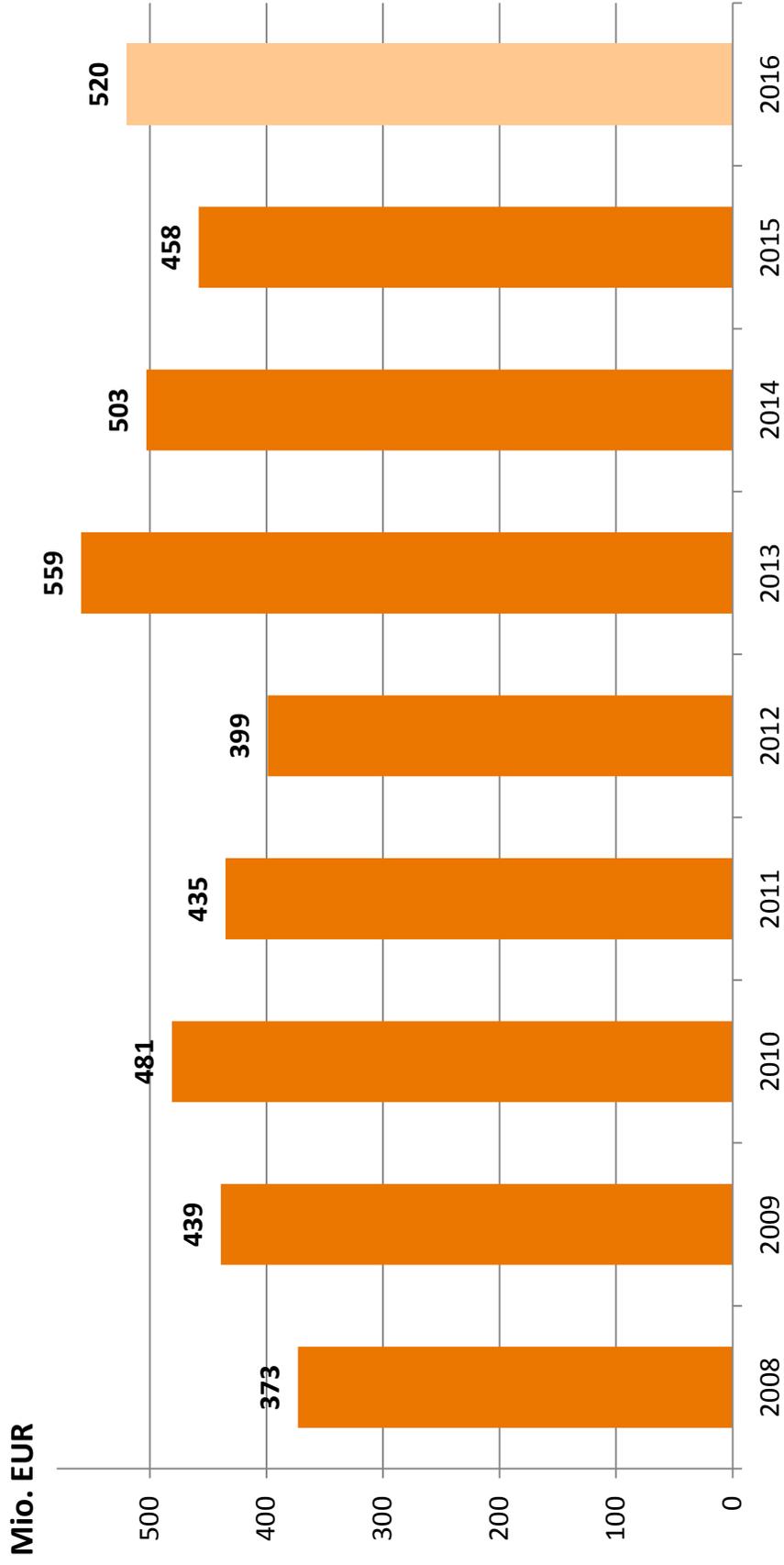
In der Hoffnung auf eine bessere Zukunft riskieren immer mehr Menschen ihr Leben bei dem Versuch, auf seeuntüchtigen und überfüllten Booten und mithilfe von skrupellosen Schlepperbanden, nach Europa zu gelangen. Auf der **Flucht vor Krieg, Gewalt und Verfolgung** sind sie dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen.



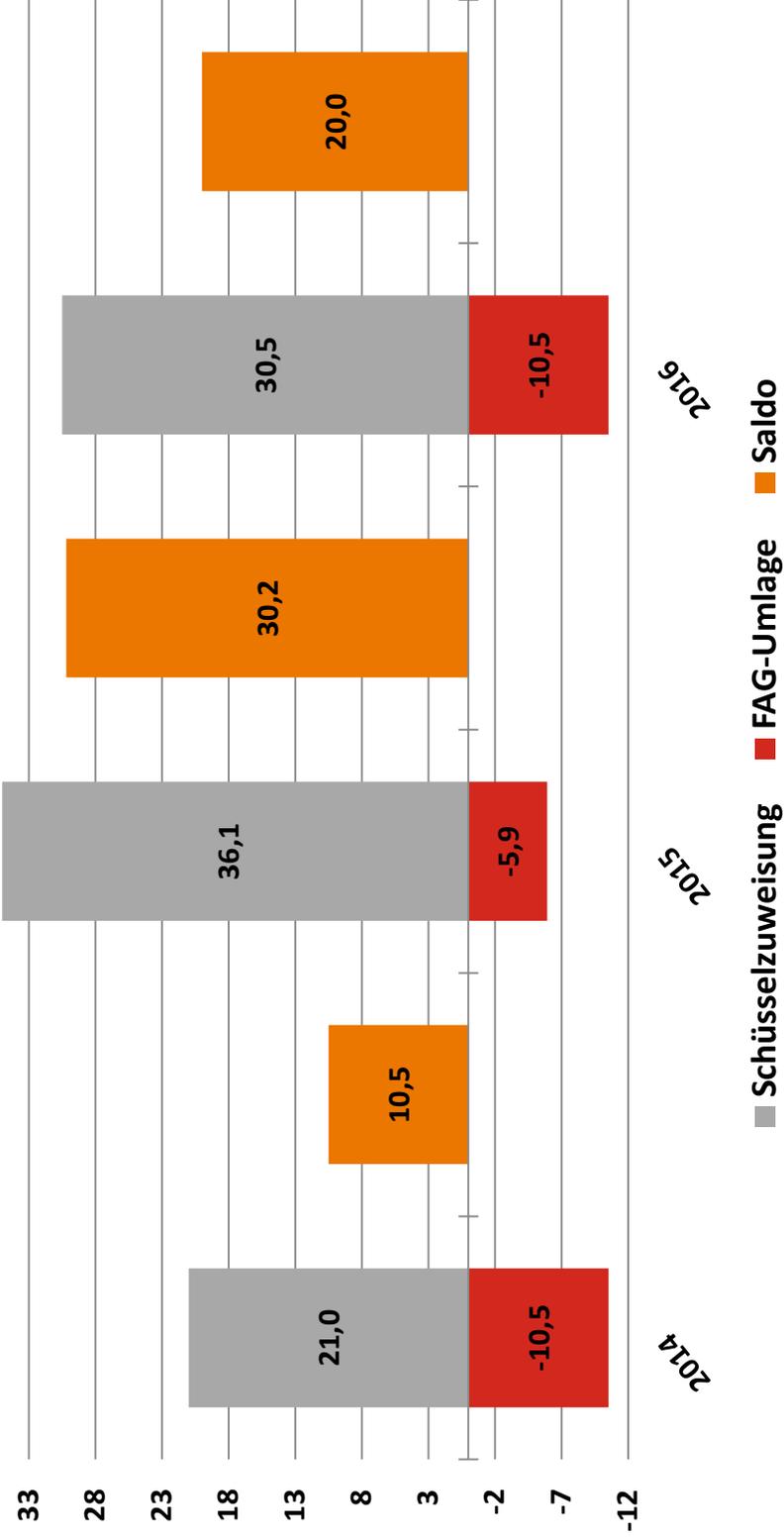
# Proteste zeigen Wirkung



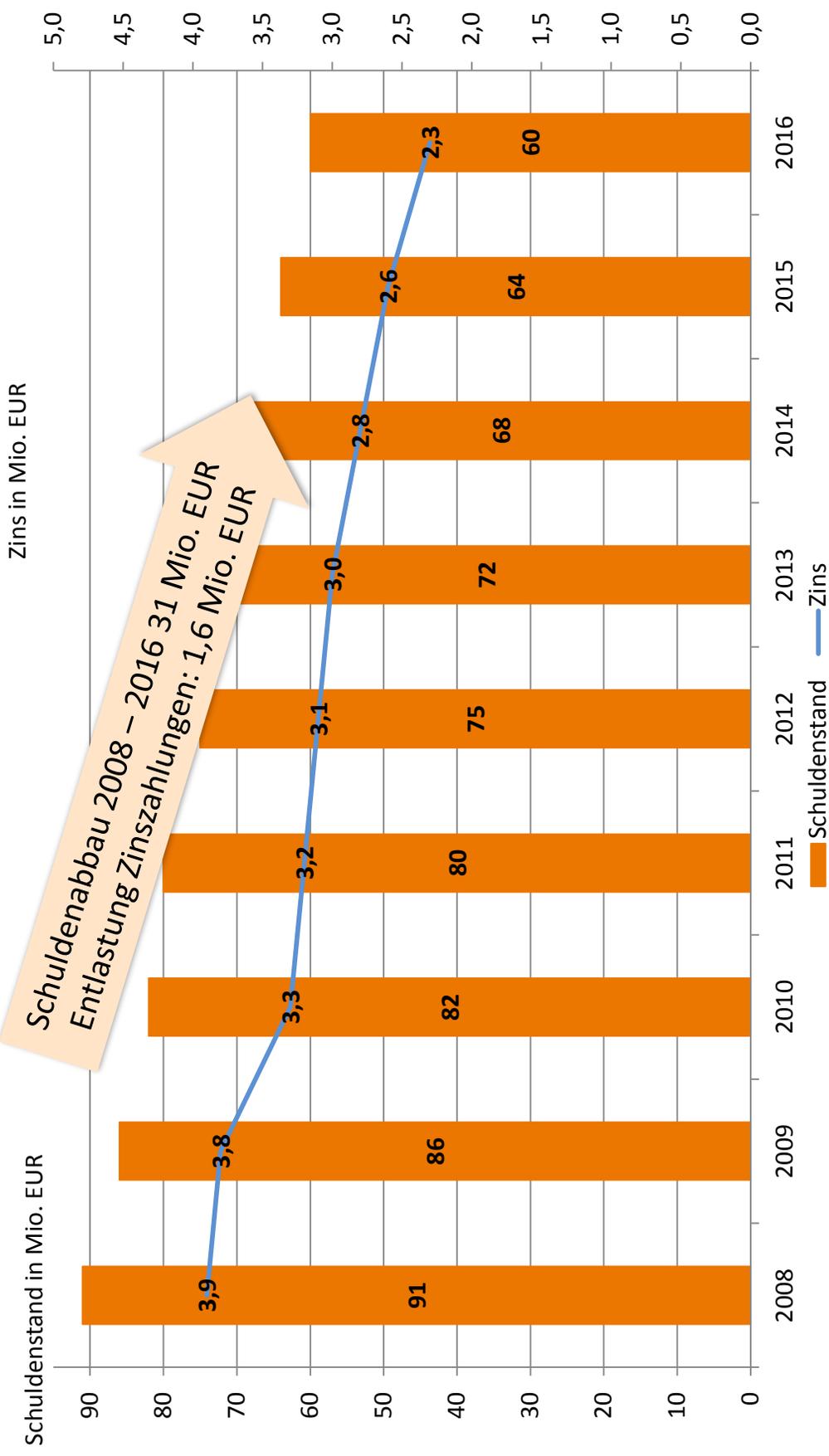
# Entwicklung Steuerkraftsumme Landkreis Böblingen



# FAG-Nettoeinnahmen sinken deutlich



# Entlastung der Kreisumlage durch Schuldenabbau



# Finanzhaushalt – Investitionen 2016

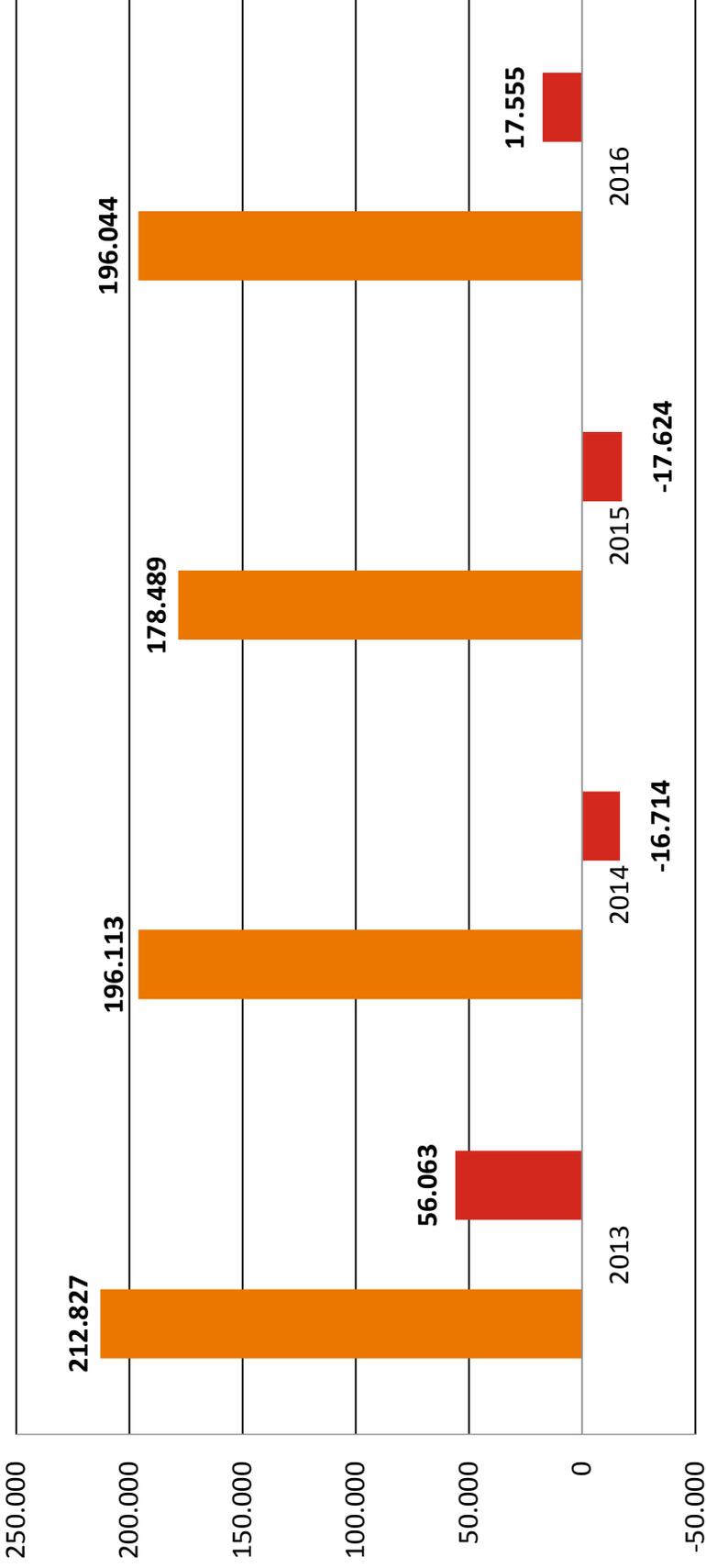
- **Für 2016 eingeplant:**
  - 6,0 Mio. € Kliniken: Investitionen in Herrenberg und Leonberg
  - 3,0 Mio. € Rücklagenbildung Flugfeldneubau
  - 3,4 Mio. € Ausbau/Umbau Schulen und Kantine
  - 3,0 Mio. € Vermögensumlage Verband Region Stuttgart
  - 5,5 Mio. € Straßenbau
  - 2,4 Mio. € bewegliches Anlagevermögen
  - 0,2 Mio. € sonstige Maßnahmen

• **Summe der geplanten Investitionen: 23,5 Mio. €**



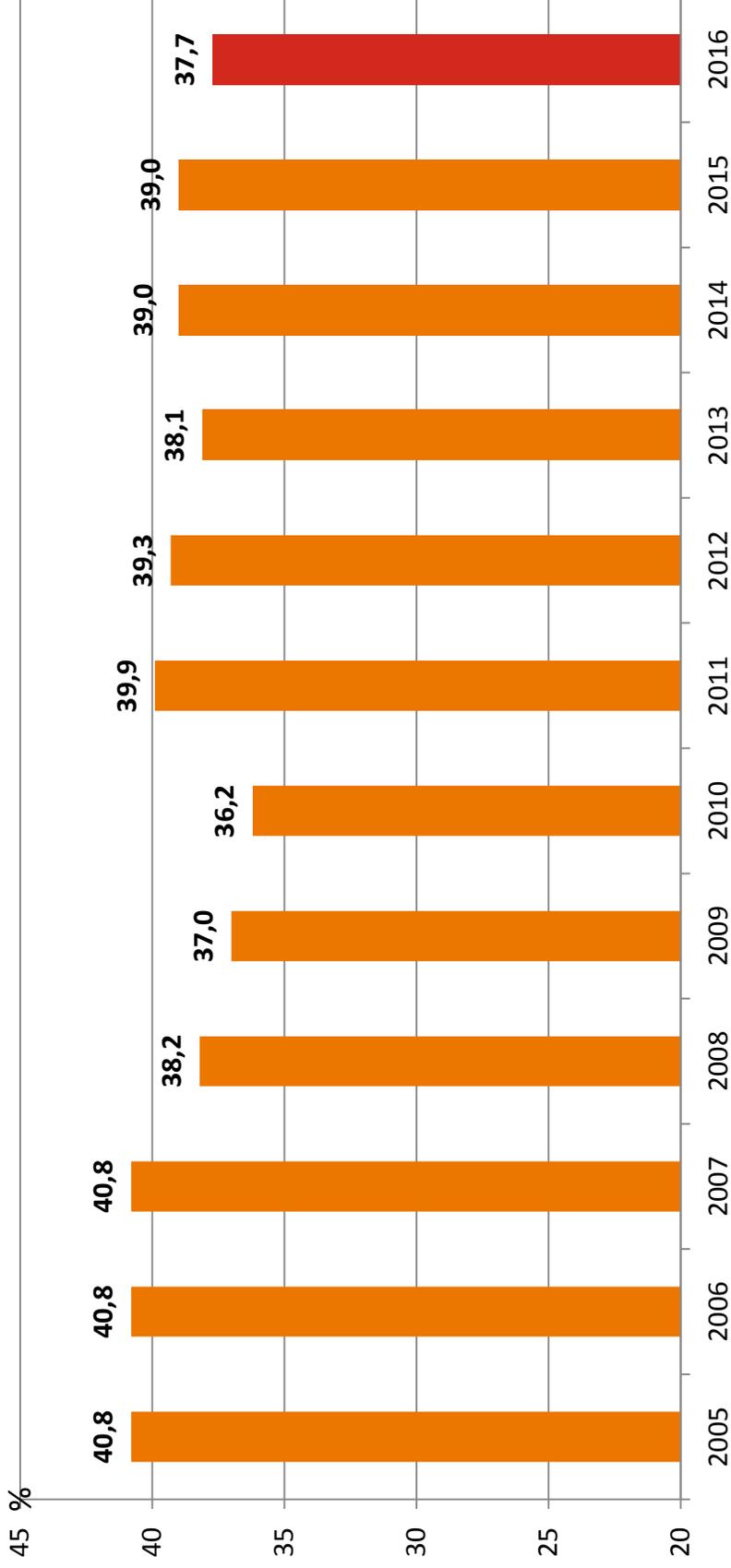
# Kreisumlage in absoluten Zahlen

In Tsd. EUR

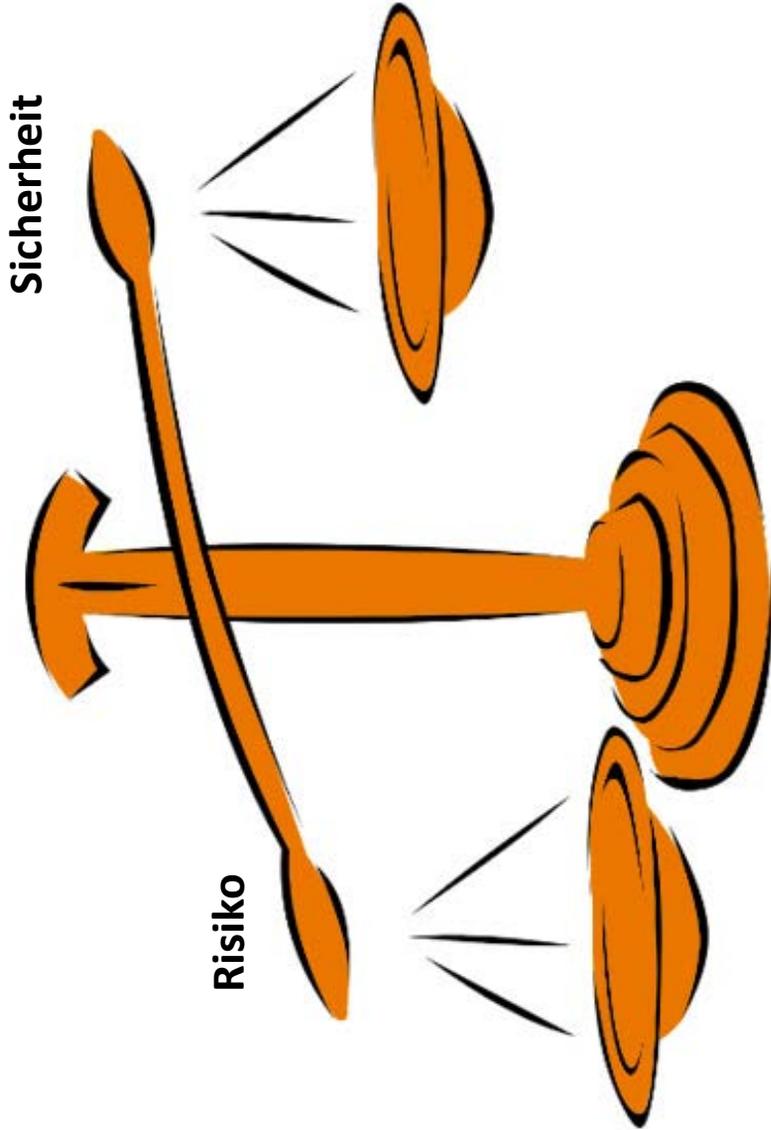


■ Kreisumlageaufkommen absolut ■ Veränderung zum Vorjahr

# Entwicklung Hebesatz 2005 - 2016

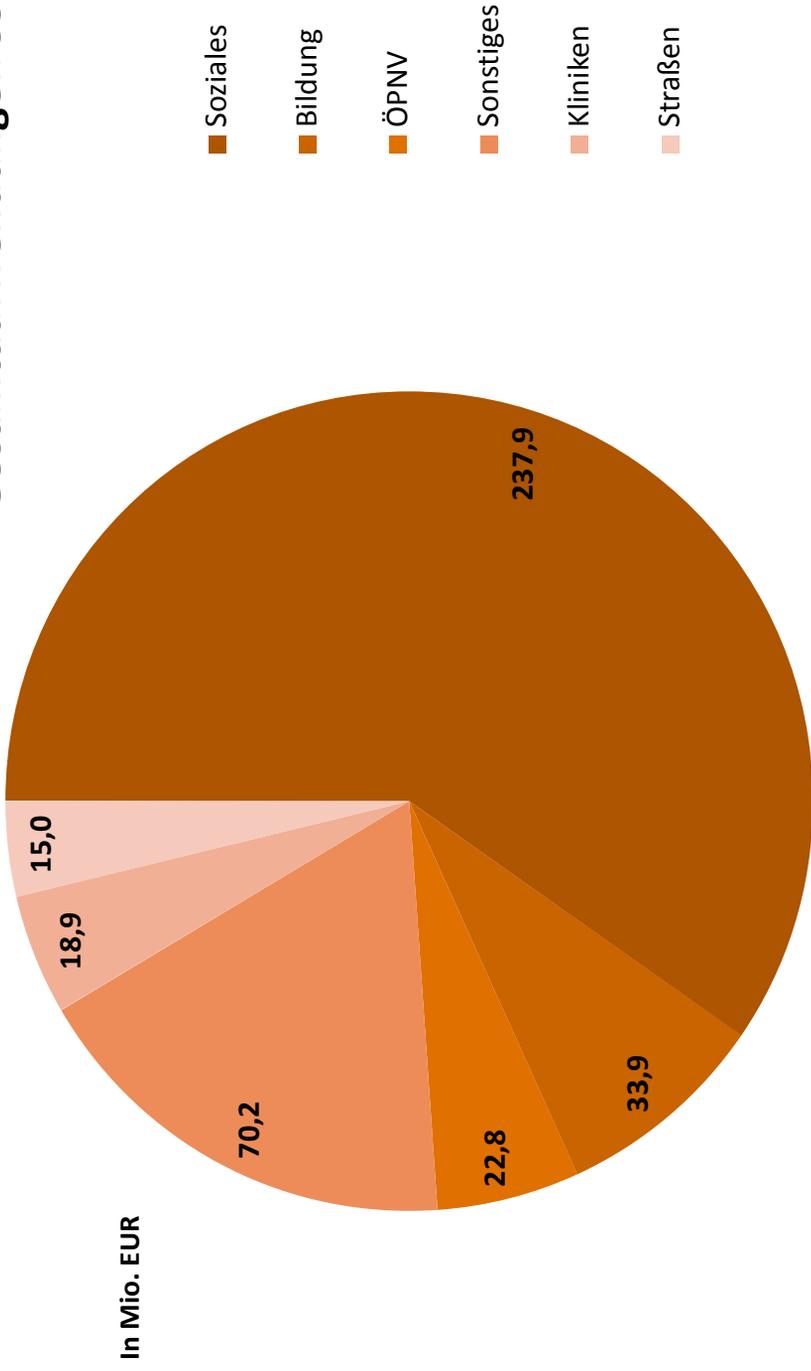


# Balance Kreishaushalt



# Aufwendungen

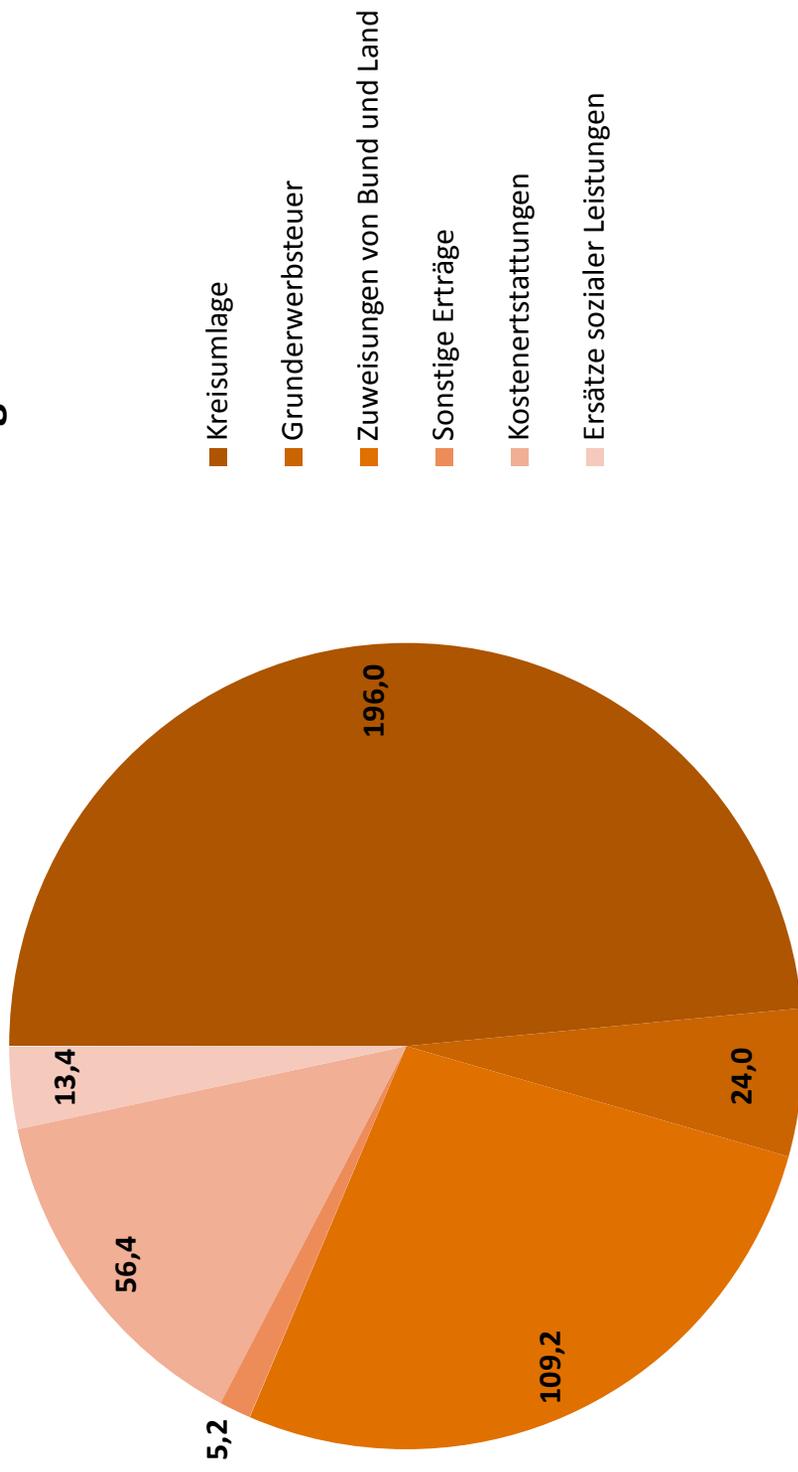
Gesamtaufwendungen 398.729.509 EUR



# Erträge

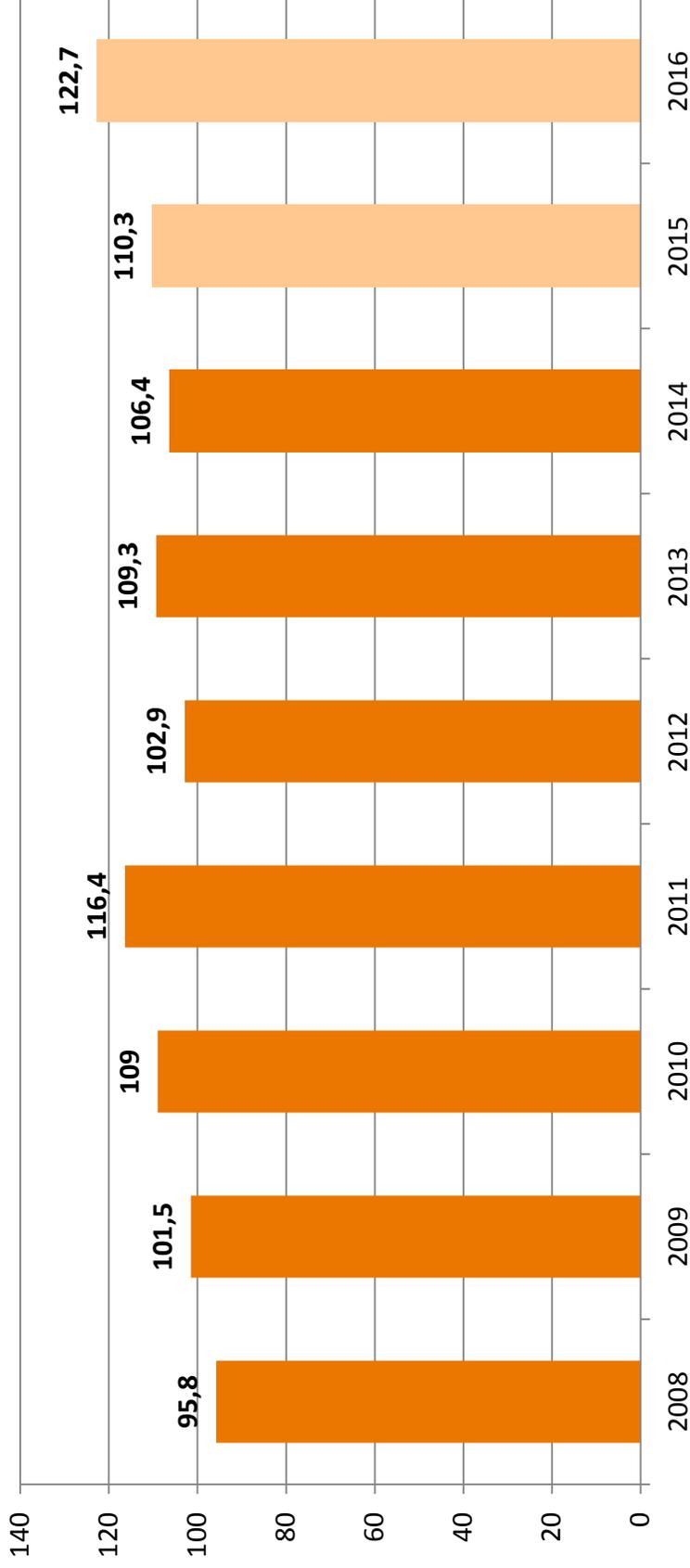
In Mio. EUR

Gesamterträge 404.228.189 EUR



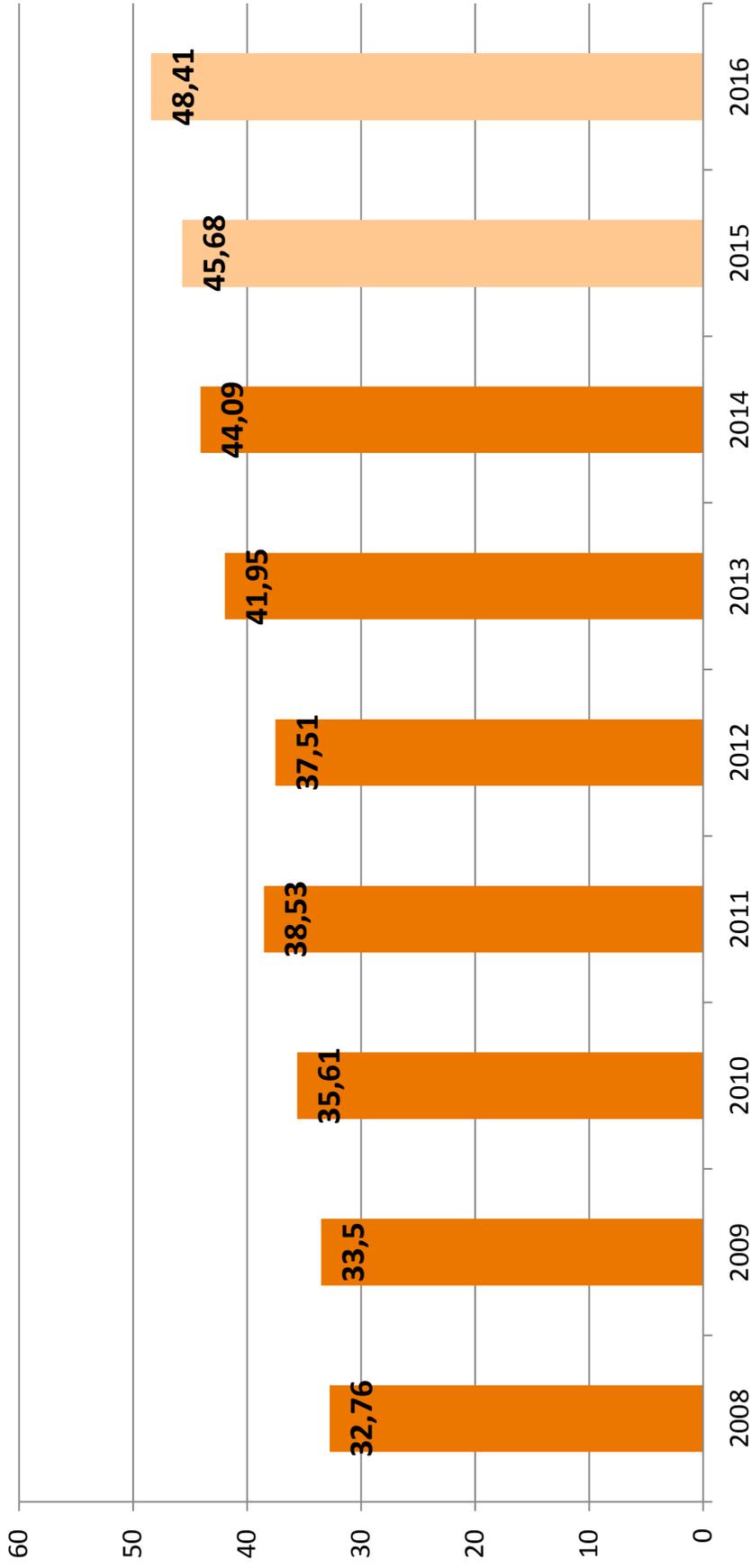
# Netto-Ausgaben Sozialbudget

Mio. EUR



# Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

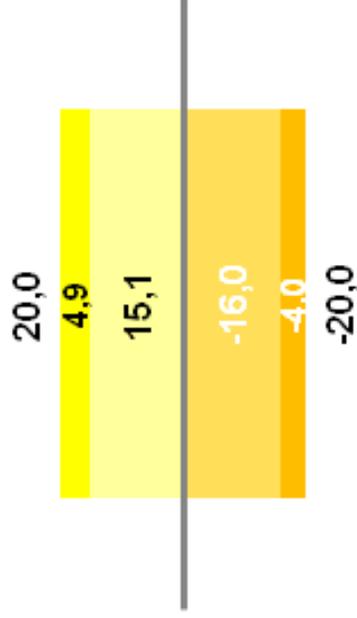
Zuschussbedarf in Mio. Euro



# Kosten Aufnahme von Flüchtlingen

## Vorläufige Aufnahme von Flüchtlingen

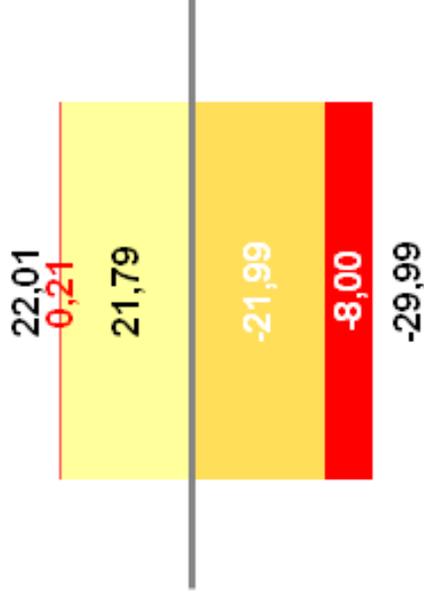
- zugesagte Erstattungen Land
- Erstattungen
- kalkulatorische Kosten
- ordentliche Aufwendungen



HHPlan 2016

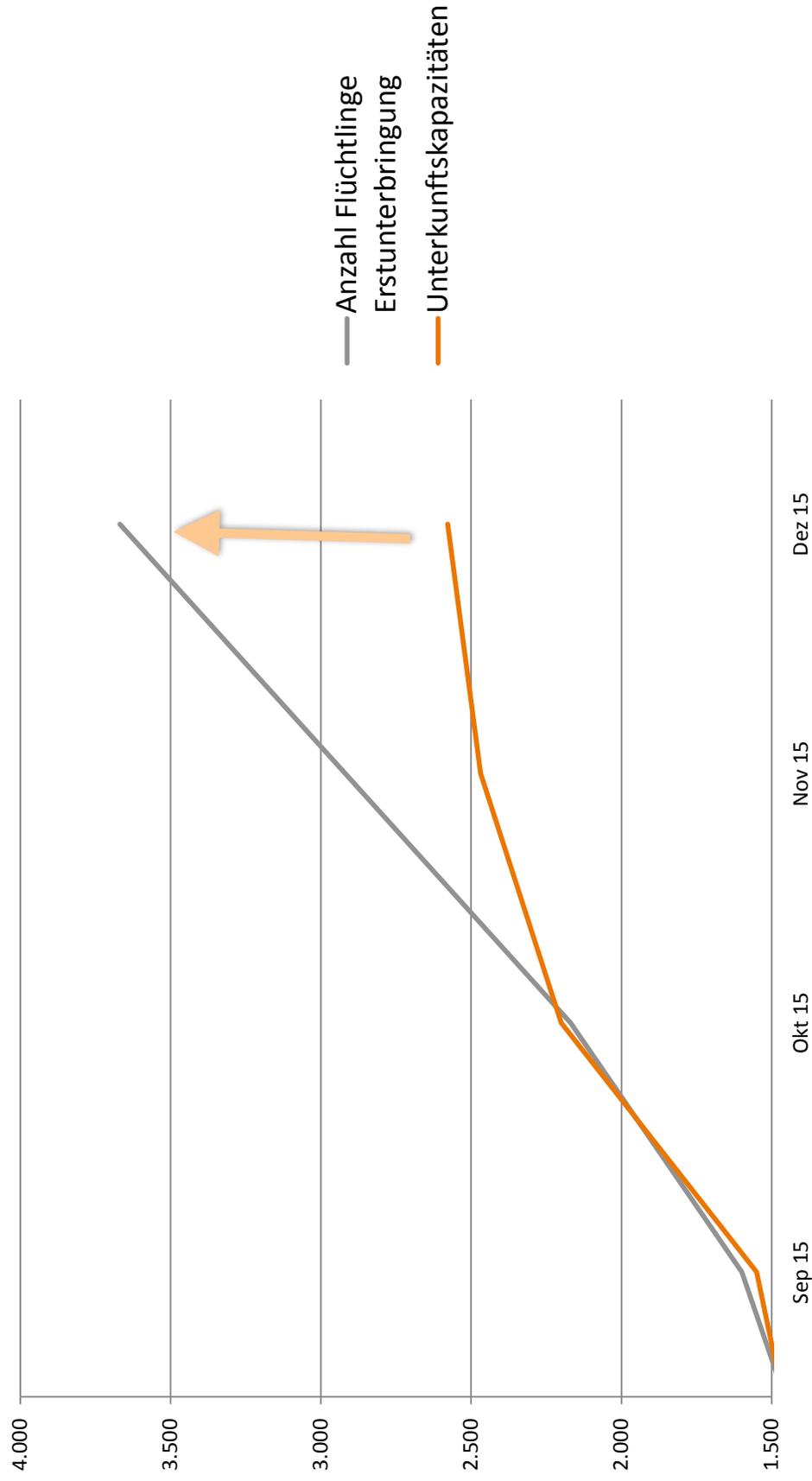
## Unterbringung von Flüchtlingen

- Erträge kommunale Unterbringung
- Erträge vorläufige Unterbringung
- Aufwendungen kommunale Unterbringung
- Aufwendungen vorläufige Unterbringung

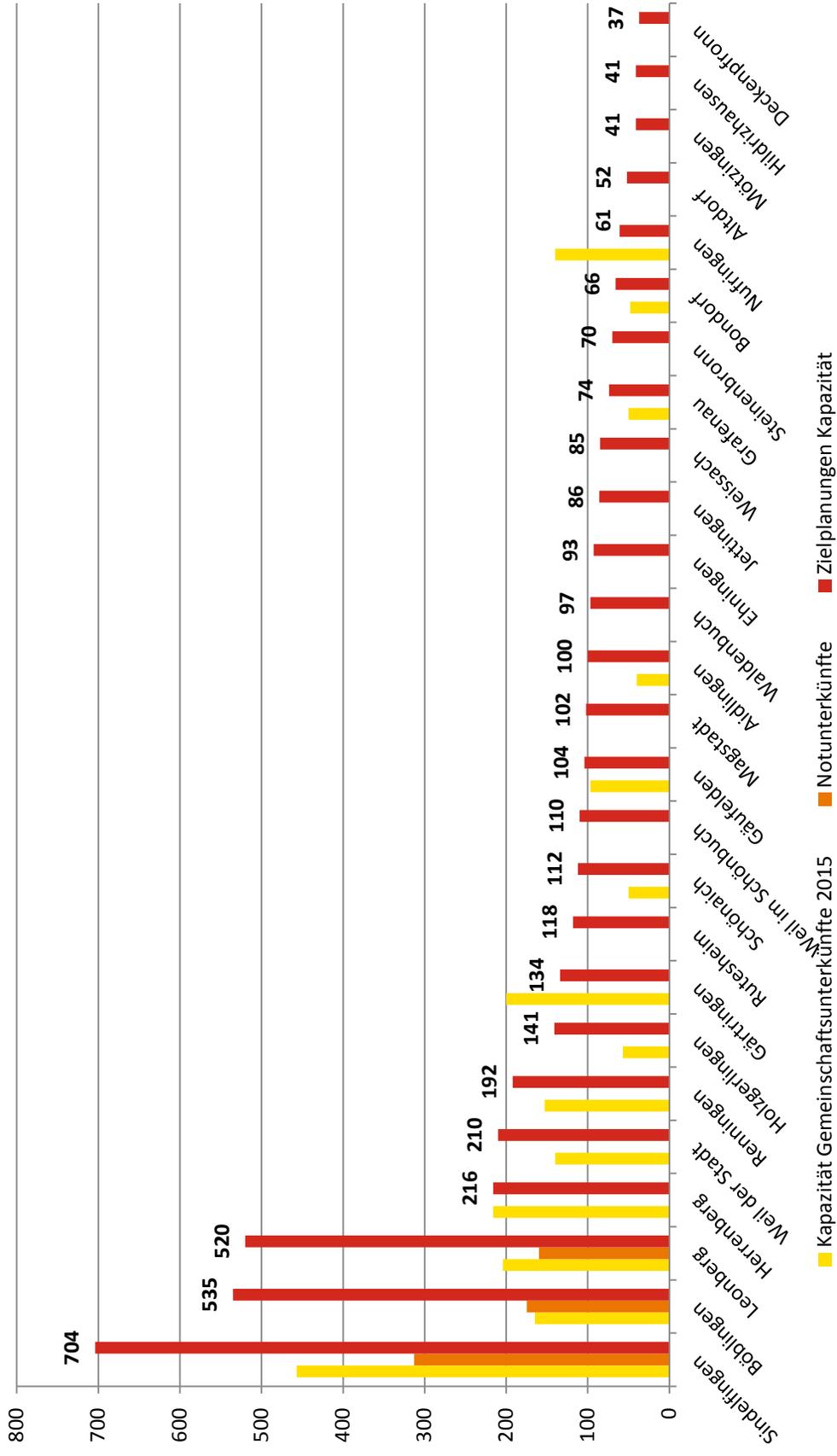


HHPlan 2016 Zuschussbedarf 7,99 Mio. €

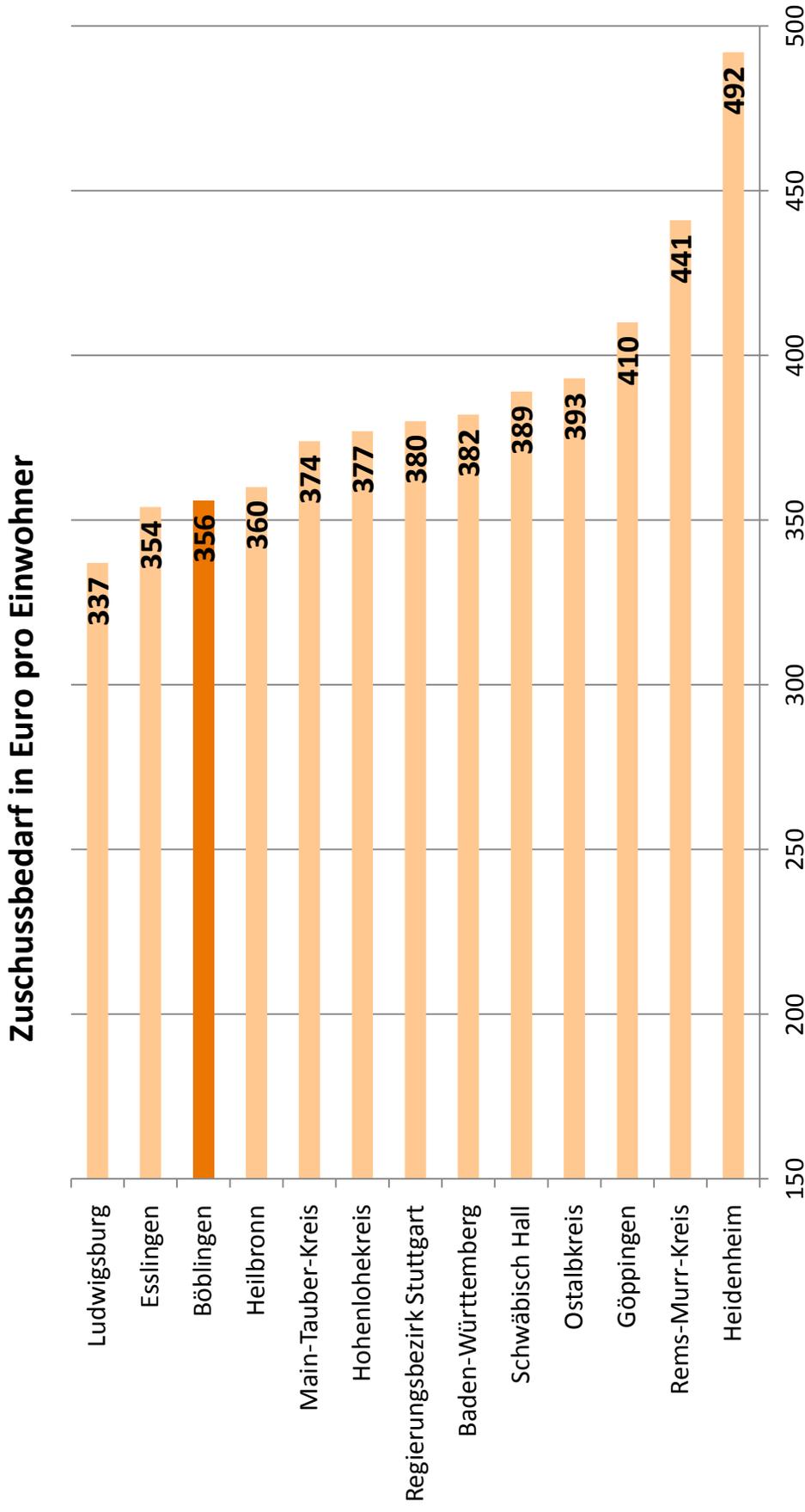
# Entwicklung Flüchtlingsunterbringung



# Verteilung bei 4100 Flüchtlingen

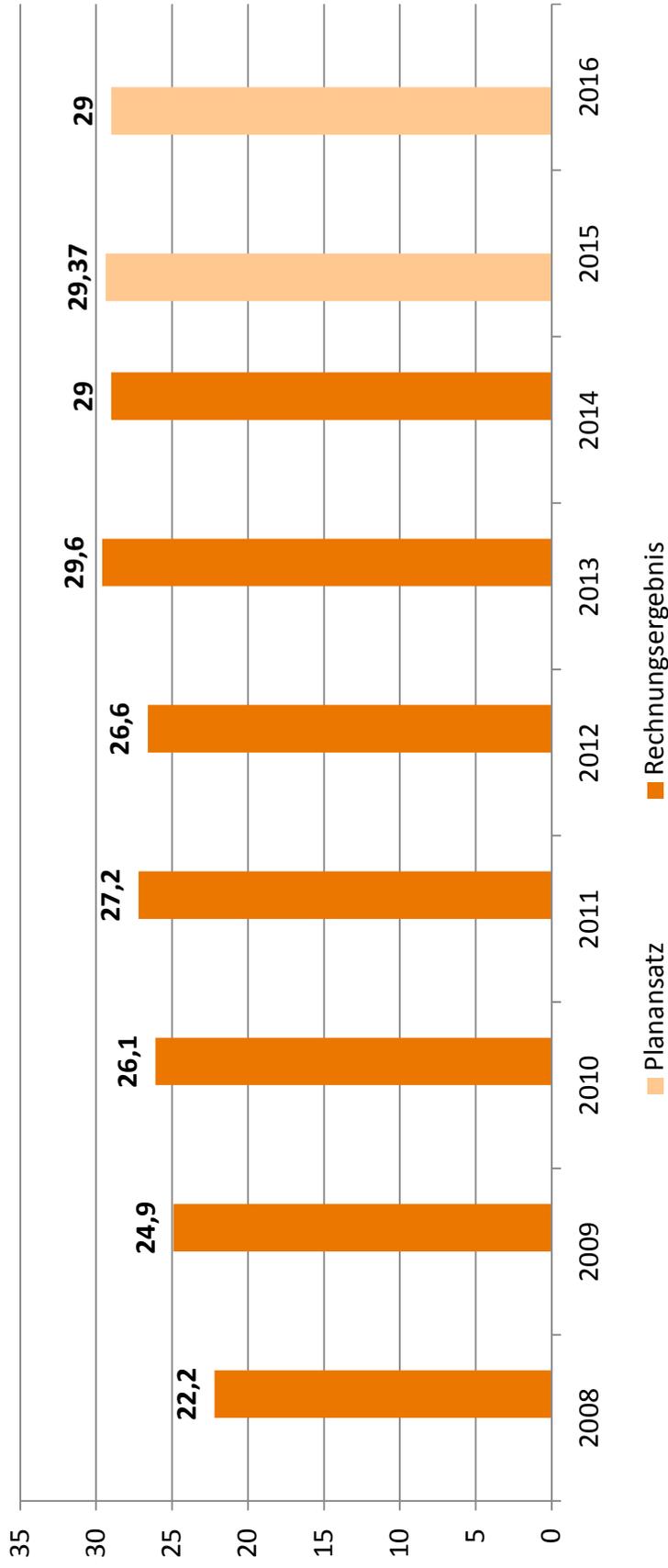


# Jugendhilfeaufwand im Vergleich

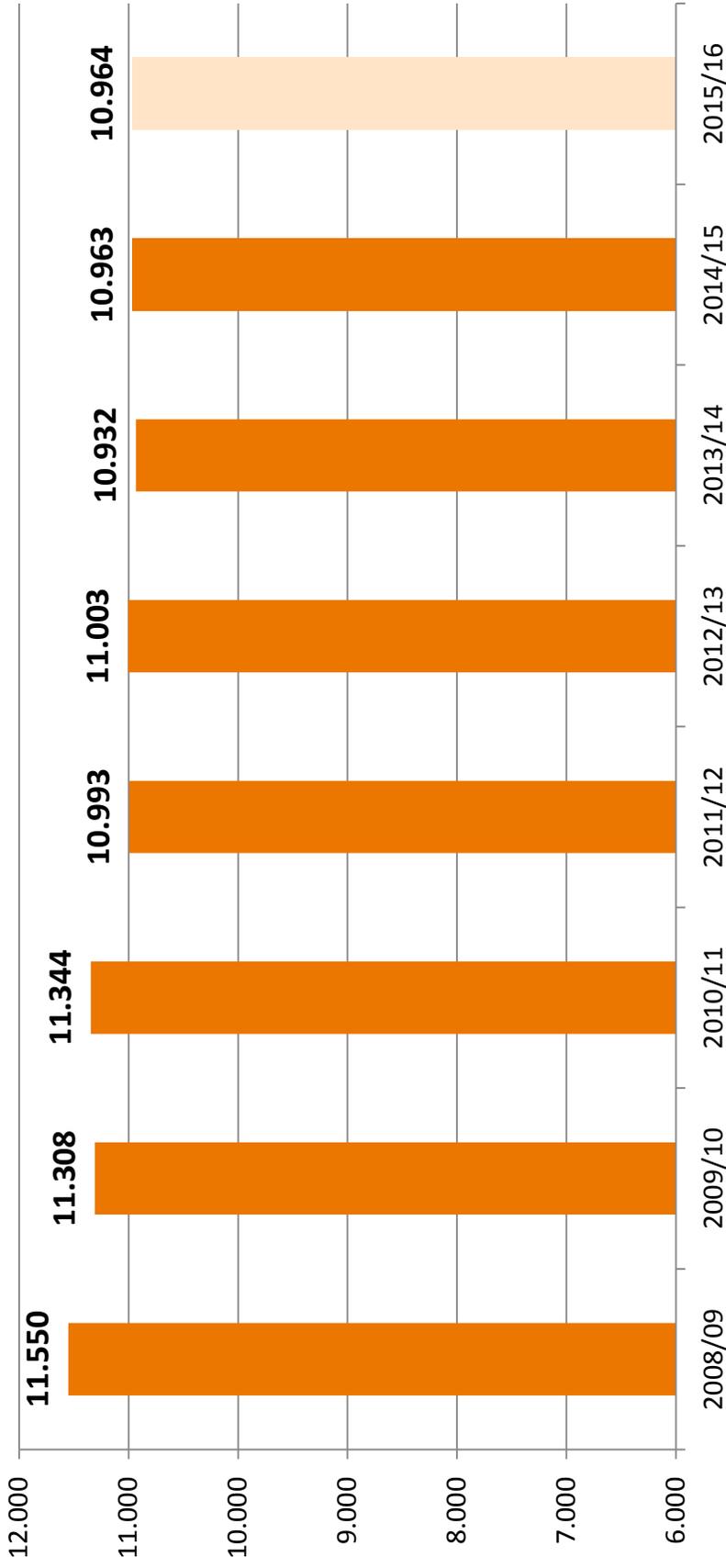


# Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

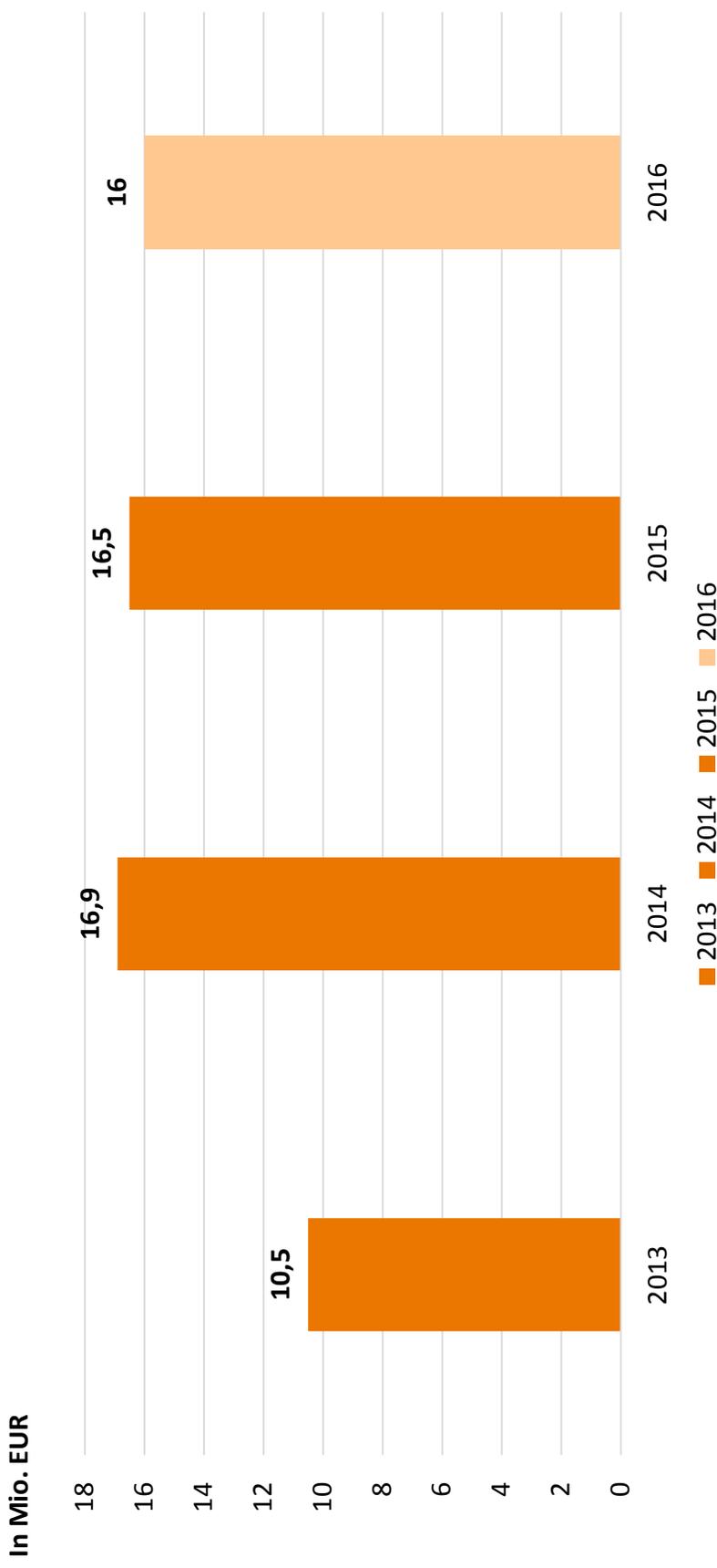
Entwicklung des Zuschussbedarfs in Mio. €



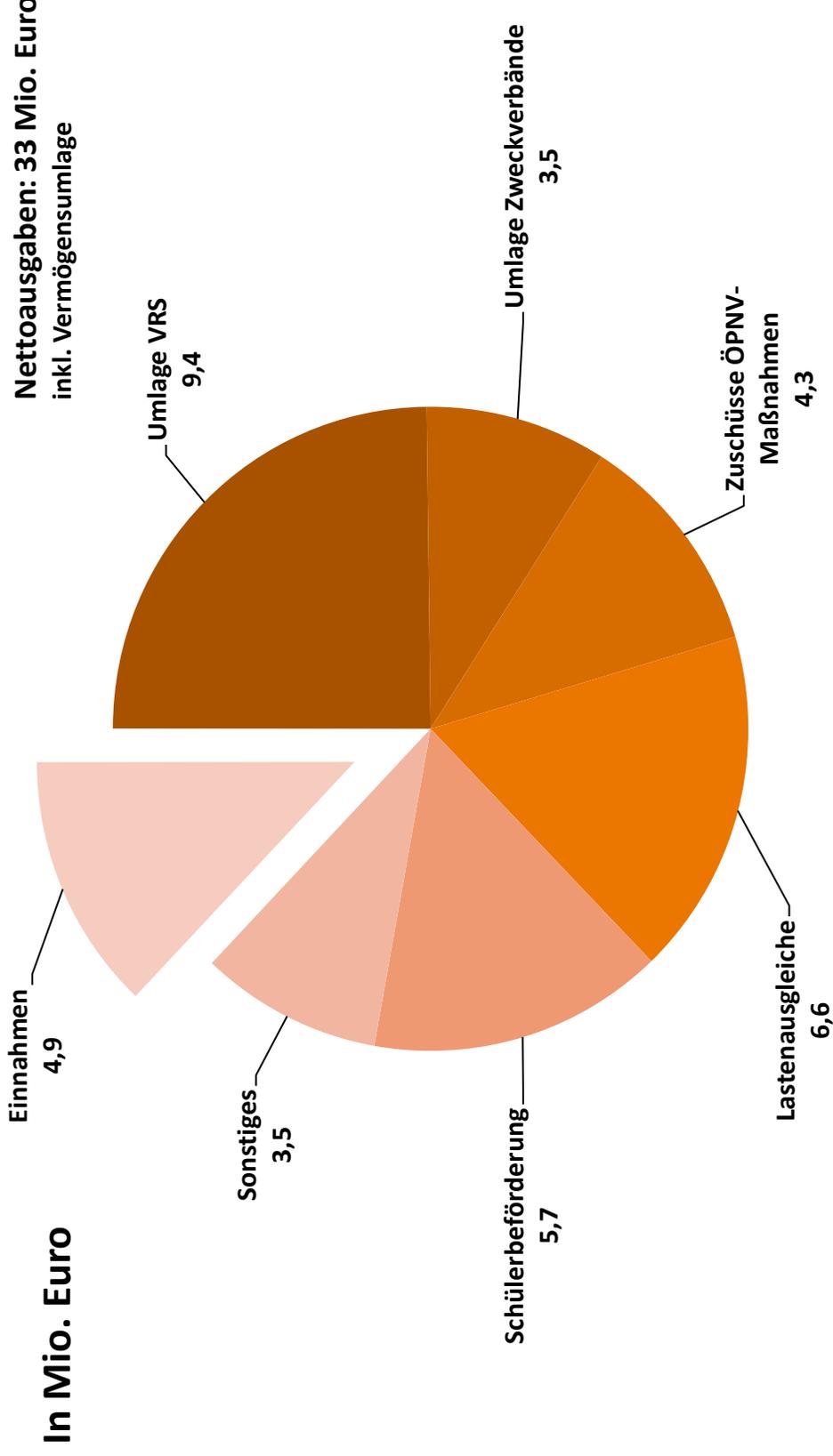
# Schülerzahlen – Berufliche Schulen



# Defizite der Kliniken



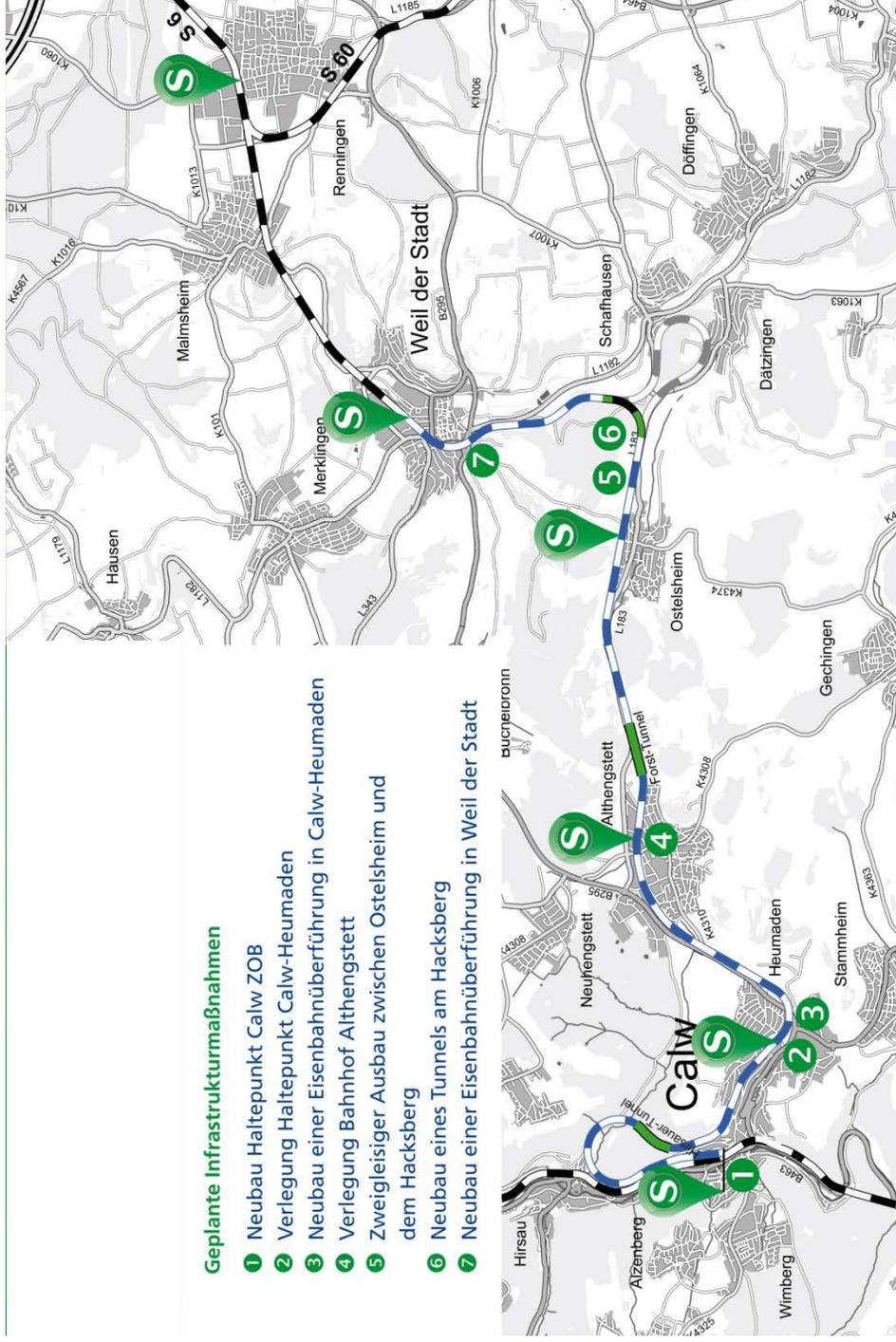
# Ausgaben und Einnahmen ÖPNV



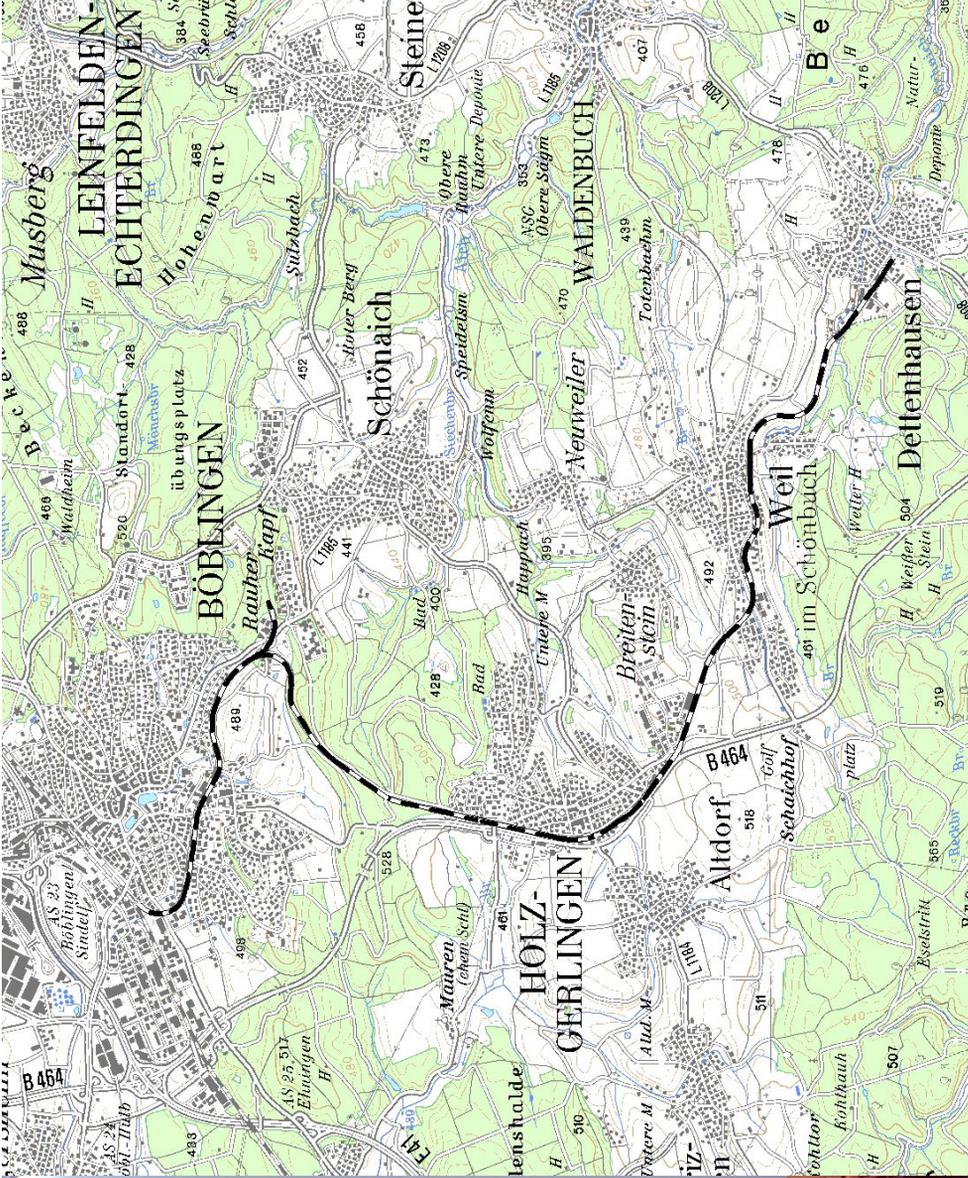
# Streckenverlauf Hesse-Bahn

## Geplante Infrastrukturmaßnahmen

- 1 Neubau Haltepunkt Calw ZOB
- 2 Verlegung Haltepunkt Calw-Heumaden
- 3 Neubau einer Eisenbahnüberführung in Calw-Heumaden
- 4 Verlegung Bahnhof Althengstett
- 5 Zweigleisiger Ausbau zwischen Ostelsheim und dem Hacksberg
- 6 Neubau eines Tunnels am Hacksberg
- 7 Neubau einer Eisenbahnüberführung in Weil der Stadt



# Streckenverlauf Schönbuchbahn



# Zukunft der Gäubahn

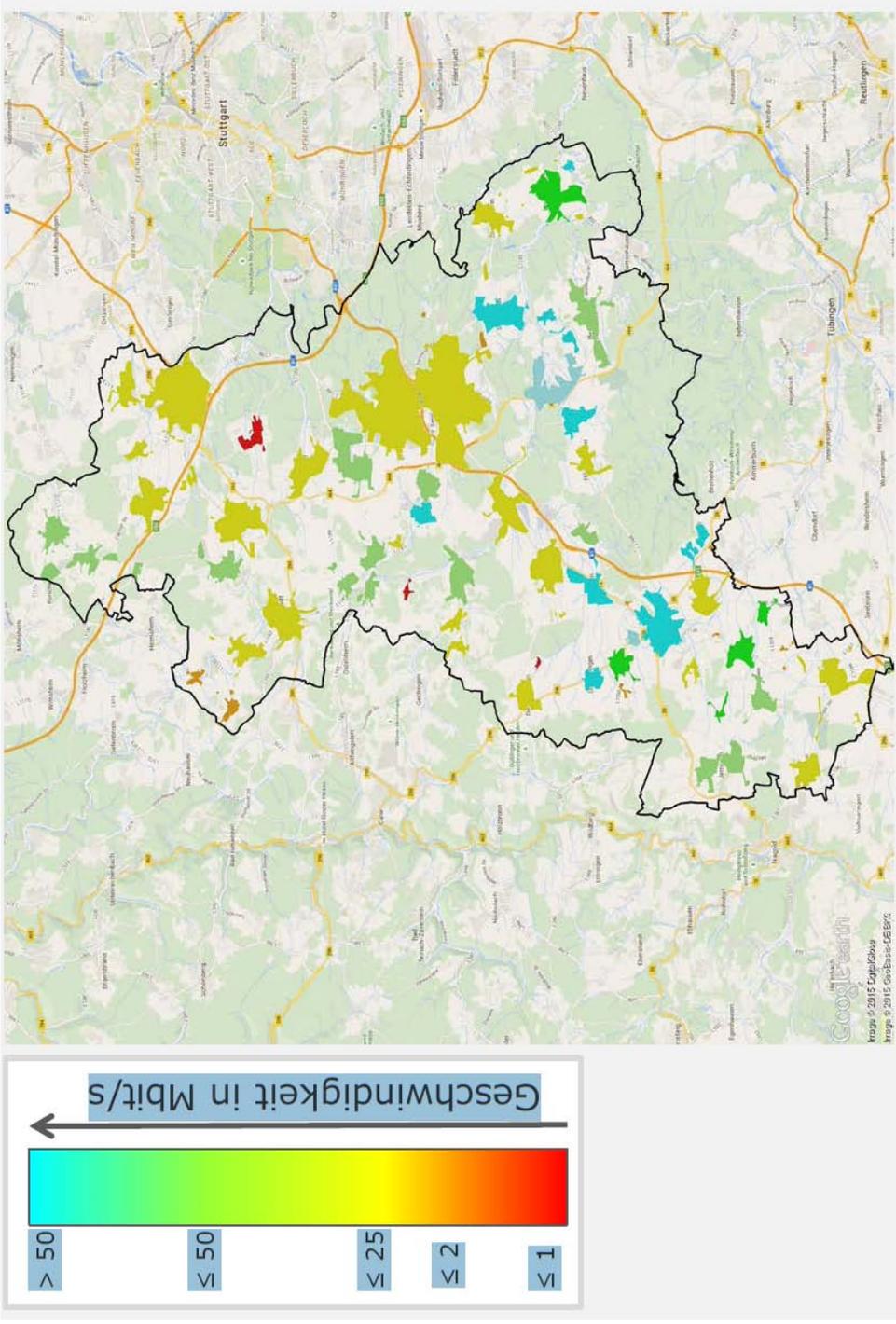


# Abgeschlossene Maßnahmen Straßenentwicklungsprogramm



K 1007 Schafhausen – B 295	K 1008 Warmbronn – Frauenkreuz	K 1009 Warmbronn – B 295	K 1013 Nordumfahrung Renningen	K 1014 OD Malmsheim	K 1017 Rutesheim – Kreisgrenze
K 1020 Münklingen – L 1182	K 1021 Merklingen - Kreisgrenze	K 1032 OD Öscheibronn	K 1035 Bondorf – Kreisgrenze	K 1041 OD Kayh	K 1045 Rohrau – L 1184
K 1046 Rohrau – Gärtringen	K 1047 OD Herrenberg	K 1051 OD Steinenbronn	K 1054 Hasenhof	K 1060 OD Rutesheim	K 1060 Renningen – Rutesheim
K 1061 OD Hausen	K 1062 OD Weil im Schönbuch	K 1070 OD Mötzingen	K 1070 Mötzingen – Jettingen	K 1071 OD Jettingen	K 1077 Umfahrung Ehningen
K 1077 Ehningen – Böblingen	K 1077 Gärtringen				

# Breitbandausbau



# Veränderungen im Stellenplan

<b>• GESAMTÜBERSICHT</b>	<b>Stellenplan</b>	<b>gegenfinanziert</b>	<b>davon befristet</b>
Flüchtlingsbetreuung	41,90	29,90	35,90
Organisationsuntersuchung	6,98	0	1
Gesetzliche Verpflichtungen	6,50	3,0	0
Sonstige Stellen	6,85	0,6	0
<b>Summe</b>	<b>62,23</b>	<b>33,50</b>	<b>36,90</b>
<hr/>			
<b>Sparpotential</b>	<b>4,61 Stellen</b>		
<b>Mehrbelastung Landkreis</b>	<b>24,12 Stellen</b>		

# Entwicklung Wertstofftonnen



# Streuobstkönig, die II.

